

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Tagblatt. 1843-1937 1930

18.1.1930 (No. 18)

Karlsruher Tagblatt

Badische Morgenzeitung
mit
Industrie- und Handelszeitung
Gegr. 1756 und der Wochenschrift „Die Pyramide“ Gegr. 1756

Verleger: Dr. G. Bräuer; für Baden, Nordbadische und Handel: E. Leopold; für Ost- und West: Fred. Beck; für Rhein- und Saarlande: R. Fohs; für Mittel- und Südbaden: Dr. F. Schreyer; sämtlich in Karlsruhe. Druck und Verlag: „Karlsruher Tagblatt“ (Concordia-Verlags-Gesellschaft) m. b. H., Karlsruhe, Karl-Friedrichstraße 6. Berliner Redaktion: W. Pfeiffer, Berlin W. 67, Bülowstraße 63. Tel.-Nr.: 4911/12. Für unregelmäßig erscheinende Anzeigen keine Verantwortung. Erscheinung der Redaktion von 11-12 Uhr vormittags. Schriftleitung: Karl-Friedrichstraße 6. Geschäftsstelle: Karlsruhe, Kaiserstraße 20a. Tel.-Nr. 18. 19. 20. 21. Postbesond. Karlsruhe Nr. 9347.

In vollen Kränzen.

Im Badischen Landtag wurde gestern die politische Aussprache zu Ende geführt. Der Vertrauensantrag der zwei Regierungsparteien wurde mit 48 gegen 29 Stimmen angenommen.

Im Laufe des Freitag ist im Haag der Abschluß eines Liquidationsabkommens zwischen Deutschland und Italien erfolgt. Deutschland hat damit endgültig das Liquidationsabkommen mit England, Australien, Neuseeland, Belgien, Italien und Polen abgeschlossen.

Da sich bei den Schlussarbeiten für das Haager Vergleichsprotokoll herausgestellt hat, daß noch sehr viele formelle Fragen zu behandeln sind und die Konferenz dadurch in Zeitnot geraten ist, wird es nicht für unmahrscheinlich gehalten, wenn die Schlußfälligkeit der Haager Konferenz erst am Montag stattfinden kann.

Der Senat der deutschen Akademie hat den amerikanischen Botschafter, Dr. h. c. Schuman, in Anerkennung seiner, die kulturellen Beziehungen zwischen Deutschland und Amerika fördernden Tätigkeit, zum Senator ernannt.

Vor dem Erweiterten Schöffengericht in Koblenz wird gegenwärtig der Reichsbahn-Beschuldigungsprozess verhandelt.

Für das Gebiet der Stadt und der Amtshauptmannschaft Chemnitz und des Amtsgerichtsbezirks Burgstädt sind vom sächsischen Innenminister alle Versammlungen einschließlich von Umzügen unter freiem Himmel zunächst auf die Dauer einer Woche verboten worden.

Durch dichten Nebel ist die gesamte Schifffahrt im Hamburger Hafen stark behindert und zeitweilig gänzlich eingestellt worden.

Eine Kältemeile in Amerika, die in den letzten 10 Tagen besonders die Staaten im Westen und mittleren Westen heimsuchte, hat nach den bisherigen Feststellungen mindestens 100 Todesopfer gefordert.

Die Ermittlungen wegen des Ueberfalles auf den Berliner Studenten Wessel lassen erkennen, daß es sich doch um einen politischen Anschlag handelt.

Der nationale liberale Verband von Indien hat einen Aufruf erlassen, in dem alle Indier aufgefordert werden, in Einigkeit darauf hinzuwirken, daß Indien sobald wie irgend möglich die Stellung eines britischen Gliedstaates erhalte.

Ein Buch mit einem von 12 Millionen amerikanischen Frauen unterzeichneten Aufruf zur Fernänderung der Nützlichkeiten wird in der ersten Februarwoche der Londoner Konferenz zugestellt werden, gleichzeitig mit einem ähnlichen Aufruf von 100 000 japanischen Frauen.

Nach einer Agenturmeldung aus Rio de Janeiro soll der französische Forscher Georges Diner bei Billabona von Räubern getötet worden sein. Die Räuber sollen nach Bolivien geflüchtet sein. Eine Bestätigung liegt nicht vor.

Austritt zur Flottenkonferenz.

Begrüßung der amerikanischen Abordnung in London.

London, 17. Jan.
Die amerikanische Abordnung für die Flottenkonferenz ist am Freitag kurz nach 14 Uhr in London eingetroffen. Zur Begrüßung hatten sich u. a. Außenminister Henderson, der erste Lord der Admiralität, Alexander, und der Sohn Macdonalds als Vertreter seines Vaters eingefunden. Stimson gab eine kurze Erklärung ab, in der es heißt: „Wir sind nach England mit hohen Hoffnungen gereist und mit der Entschlossenheit, einen ersten Versuch zu machen, die Konferenz zu einem Erfolg zu gestalten. Wir sind glücklich, daß der König von England von seiner Krankheit genesen und in der Lage ist, die Konferenz persönlich zu eröffnen.“ Eine Stunde nach der Ankunft hatte Staatssekretär Stimson dem Ministerpräsidenten Macdonald einen Besuch ab. Die Unterhaltung der beiden Staatsmänner dauerte sehr lange.

Dem Schluß entgegen.

Die letzten Arbeiten im Haag. — Regelung der Liquidationsfrage.

(Eigener Dienst des „Karlsruher Tagblatt“.)

F. Haag, 17. Jan.
Die Konferenz geht ihrem Ende entgegen. Da aber immer noch einige Punkte offen sind, wird mit Hochdruck gearbeitet. Man will heute sogar bis über 12 Uhr hinaus arbeiten, wenn es notwendig ist, um wenn irgend möglich, zu einem Abschluß zu kommen. Heute nachmittag haben die Juristen die Formel des Protokolls festgelegt. Das Schlußprotokoll wird den eigentlichen „Neuen Plan“ enthalten. Dilem Abkommen werden dreizehn Anlagen hintereinander angefügt. Die Anlagen werden zugleich mit dem Haager Schlußprotokoll dem Parlament der einzelnen Länder zur Ratifikation vorgelegt. Die Anlagen betreffen unter anderem die Zahlungsstermine, die Räumung, die Verschlebung zwischen dem geschützten und dem ungeschützten Teil der Annullität, die Angliederung der amerikanischen Moratoriumsbestimmung an die Moratoriumsbestimmungen des Youngplans, Errichtung der Internationalen Bank, die Frage der Mobilisierung und die Sanktionen. Ferner gehören dazu die Aenderung des Reichsbankstatuts, des Reichsbahngesetzes, des deutsch-belgischen Marktabkommens und die Trennung der Verträge.

Die bisher von Deutschland mit den einzelnen Gläubigermächten abgeschlossenen Liquidationsabkommen werden in dem Schlußprotokoll besonders aufgeführt. Sie gehören aber nicht zu den dreizehn Anlagen und sind juristisch keine Elemente des Youngplans. Das bedeutet, daß diese Liquidationsabkommen dem Parlamenten unabhängig vom Youngplan vorgelegt werden. Wenn also der deutsch-polnische Vertrag, der den gesamten Komplex der deutschen Forderungen umschließt, vom Deutschen Reichstag nicht angenommen wird, so würde dadurch die Inangriffnahme des Youngplans nicht beeinflusst werden. Selbstverständlich besteht ein politischer Zusammenhang zwischen dem Youngplan und den Liquidationsverträgen, der sich zum Beispiel darin auswirken könnte, daß bei einer Ablehnung des deutsch-polnischen Vertrages durch den Reichstag das polnische Parlament seinerseits die Ratifikation des Youngplans ablehnen könnte.

Einen bedeutenden Erfolg hat die deutsche Delegation heute noch in der Liquidationsfrage erreicht. Die Gläubiger hatten von Deutschland einen allgemeinen Verzicht auf die Liquidationsüberschüsse verlangt. Die Forderung auf einen solchen allgemeinen Verzicht ist fallen gelassen worden. Der Artikel 3 § 5 der Schlußakte, der diese allgemeine Verzichtsklausel enthält, wird gestrichen. Von deutscher Seite wurde dabei erwähnt, daß Deutschland mit allen Mächten Abkommen geschlossen habe, so daß es sich erübrige, einen allgemeinen Verzicht nochmals auszusprechen. Die Gläubigermächte haben sich diesem Standpunkt angeschlossen.

In der Frage einer Aenderung des Reichsbankstatuts haben die Gläubiger der von Deutschland gewünschten Regelung

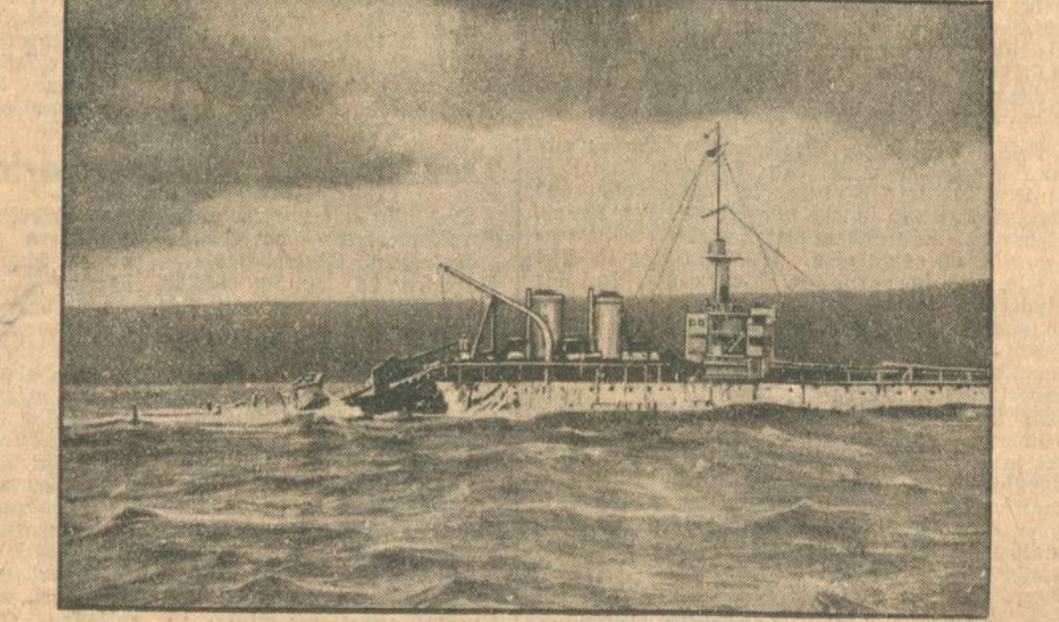
heute ebenfalls zugestimmt. In dem Reichsbankstatut gibt es international gebundene Paragrafen, die nicht allein durch ein deutsches Gesetz abgeändert werden können. In dem neuen Reichsbankstatut ist nun auf Forderung der Gläubigermächte vorgezogen, daß Deutschland bei einer Aenderung eines solchen international gebundenen Paragraphen die Zustimmung der Internationalen Bank haben müsse. Falls die Bank ihre Zustimmung verweigert, wäre Deutschland die Vermutung an das Reparationschiedsgericht zugestanden, d. h., Deutschland wäre die Beweisführung für die Notwendigkeit der gewünschten Gesetzesänderung zugefallen. Nunmehr haben sich die Gläubiger damit einverstanden erklärt, daß ein deutsches Reichsgesetz, das einen international gebundenen Paragraphen ändert, in Kraft treten kann, wenn nicht ein Protest der Internationalen Bank oder des Reparationschiedsgerichtes eingeht. Die Beweisführung fällt also dann nicht Deutschland, sondern der Gegenseite zu.

Heute nachmittag um 5 Uhr ist der Schlußausdruck wiederum zusammengetreten. An dieser Sitzung nahmen Reichspostminister Schädel und Generaldirektor Dormüller von der Reichsbahn teil. Nach einer Abendpause wurden die Beratungen um 10 Uhr abends fortgesetzt. In diesen Beratungen werden die früheren Streitpunkte noch einmal durchgearbeitet, da noch gewisse juristische und redaktionelle Fehler vorhanden sind und gewisse textliche Verbesserungen von verschiedenen Seiten gewünscht werden. Die Durcharbeitung dieser Verträge dürfte auch noch den Samstag beanspruchen, so daß die feierliche Schlußfeier am Sonntag stattfinden wird.

In den späten Abendstunden des Freitag ist es zu einer Einigung in der Mobilisierungsfrage gekommen. Die fünf alliierten Gläubigermächte schlossen mit Deutschland ein Abkommen, nach dem zunächst von der ersten Ranche der deutschen Reparationsbonds eine internationale Anleihe von 1200 Millionen aufgenommen wird. Hiervon erheben die Gläubigermächte zwei Drittel, Deutschland ein Drittel.

Der hierdurch dem deutschen Reich zuzulebende Betrag wird der Reichsbahn und der Reichspost zur Verfügung gestellt und entspricht, wenn auch nicht vollkommen, dem von den Sachverständigen beanspruchten Betrage. Ferner ist in dem Abkommen vorgezogen, daß Deutschland bis zum 1. Oktober 1930 keine internationale Anleihe aufnimmt. Diese Sperrfrist wird bis 1. April 1931 verlängert, falls nach dem 1. Oktober die U.S.A. der Ansicht ist, daß der Markt für die Mobilisierung der deutschen Reparationszahlungen noch nicht annehmbare ist. Die Sperrfrist fällt jedoch, falls die erste Ranche der deutschen Reparationsbonds vollständig mobilisiert ist.

Das Ende des „Edgar Quinet“.



Nur das Vorderteil ragt noch aus dem Wasser. Der französische Panzerkreuzer „Edgar Quinet“ lief an der algerischen Küste auf ein Riff und sank, da alle Versuchsversuche erfolglos blieben.

Der Geburtstag des Reichs.

In seiner Regierungserklärung vor dem Badischen Landtag am letzten Dienstag hat Staatspräsident Dr. Schmitt der bemerkenswerten Auffassung Ausdruck gegeben, daß ein Volk, das seine Geschichte nicht ehre, nicht wert sei, daß es in Zukunft noch einmal zu einer geschichtlichen Bedeutung komme. Wenn man mit diesem Bekenntnis an die Würdigkeit des 18. Januar herangeht, dann wird man seiner Bedeutung eher gerecht, als wenn man, wie es in Blättern einer der beiden badischen Regierungsparteien geschehen ist, in ihm nur den Tag sieht, an dem Korpsstudenten und Nationalvereine die Zylinder bügeln, die Schärpen und Federhüte holen und sich auf den pompösen Gedentag der Kaiserproklamation freuen.“ Man sollte doch endlich auch in der deutschen Sozialdemokratie, nachdem der sozialistische englische Finanzminister Snowden ein so guter Lehrmeister war, heute so weit sein, nicht jede Regierung nationalen Bewußtseins mit Spott zu verfolgen. Gerade der 18. Januar eignet sich zu solchen Entgleisungen absolut nicht. Er wird immer in der Geschichte des deutschen Volkes ein Tag von besonderer Bedeutung sein und bleiben, u. wir geben gerne zu, daß uns dieser heutige Gedentag wichtiger und sympathischer ist als die Fülle der unmerklichen zehnjährigen Gedentage, die wir in diesen Wochen erleben und die sich um das zehnjährige Weichen des Verfallers Diktats gruppieren. Was wäre denn aus dem deutschen Volke geworden, wenn nicht der 18. Januar mit seinen unvergänglichen geschichtlichen Ereignissen im Bewußtsein und im nationalen Willen des deutschen Volkes tief genug Wurzel geschlagen hätte, um aller äußeren Gewalt und inneren Erschütterung Herrschaft zu trogen? Hätte uns nicht der 18. Januar des Jahres 1871 ein so handfestes und würdevolles deutsches Reichsgedäude geschaffen, so wäre der Sturz, den Bismarck mit dem Aufbruch gegen das Herz Deutschlands führte, sicher aus Ziel gelangt und der technische Wunsch der Franzosen, antile des Reiches ein ohnmächtiges Nebeneinander von Einzelstaaten vor sich zu sehen, wäre erfüllt gewesen. Jeder Deutsche, der die Geschichte seines Volkes kennt und die geschichtlichen Ereignisse zu würdigen versteht, wird in dem 18. Januar den deutschen Gedentag von unvergänglicher, höchster Bedeutung erblicken und wird diesen Tag als einen nationalen Feiertag beachten, auch wenn ihm die amtliche Sanktion fehlt.

Als am 18. Januar 1871 die Kaiserproklamation in Versailles dem Bismarckschen Reichsgedanken ihre feierliche Krönung gab, erlebte das deutsche Volk ein aus dem Willen der Gesamtheit gewonnenes Emporsteigen von einem nur durch Bündnisverträge zusammengehaltenen Staatswesen zum verfassungsgemäß innerlich geeinten Deutschen Reich. Bis zur Stunde des Inkrafttretens der neuen Reichsverfassung hatten die Einzelstaaten deutscher Nation immer noch ihre portulankare Vorausstellung zur Geltung gebracht. Man sprach von der preussischen und bayerischen Souveränität aber nicht von der deutschen. Das kam innerhalb der Grenzen Deutschlands in unzähligen Einzelheiten zum Ausdruck, aemanu aber seine besondere Bedeutung im Ausland. Als an die Stelle der einzelstaatlichen Gesandtschaften des Deutschen Reiches Vertreter traten als bei den Großmächten deutsche Botschafter akkreditiert wurden, war es besonders das über die ganze Welt zerstreute Deutschum im Ausland das diesen Wechsel der Rechtsverhältnisse am besten empfand. Nun war auf einmal der Auslandskaufmann deutschen Stammes nicht mehr auf den nicht immer ausreichenden Schutz eines oder des anderen deutschen Einzelstaatsvertreters angewiesen. In die erste Stelle rückte der Botschafter: „civis romanus sum“ und mit ihm war der Stolz und das Ansehen verbunden, wie sie mit dem Ansehen der deutschen Reichsvertretung symbolisch zum Ausdruck gebracht wurden.

Der Zusammenbruch des deutschen Kaiseriums hat nicht den Zusammenbruch des deutschen Volkstums zur Folge gehabt. Die von Bismarck geschaffenen Grundgesetze halten sich als tief in den Wurzeln der Nation verankerte Fundamente bewährt. Anniereit die neue Weimarer Verfassung Bismarckschen Staatsgedanken Rechnung trägt, bleibt wohl in mancher Hinsicht ein noch stark unvollkommenes Problem. Wer aber die innerlichen Momente des reichs-einenden Gedankens, wie sie Bismarck aufgestellt hat, auch in dem neuen Verfassungswerk überaus wo es sich um die großen Grundzüge der Vereinheitlichung deutscher Nationalität handelt herausklimmen läßt, der kann an diese Erscheinung die Erwartung, daß die Bismarck nicht vorbehalten gewesene, uns Mitlebenden

durch die Ungunst der Zeitlage noch verwehrt Einbeziehung vor allem der Angehörigen unserer österreichischen Bruderländer einmal doch noch in einer dem alten und neuen Reichsgegenden gleichzeitig entsprechenden Weise vollzogen werden kann. Es liegen also auch die Hoffnungen, die wir für diese großdeutsche Zukunft hegen, durchaus im Rahmen der unserer Gegenwart zugewiesenen Aufgabe. Alle Kräfte, die von der Deutschwerdung des Reichs unter Bismarck noch in uns fortwirken und auch alle durch die Weimarer Neufassung entwickelten Energien, bleiben, wenn ihre Zusammenfassung für ein höheres Ziel uns vergönnt sein wird, der gekennzeichneten Richtung verbunden. Durch diese höhere Zielsetzung müssen wir un'er Vertrauen auf eine erhöhte Bewältigung deutschen Lebens und damit des deutschen Reiches nach wie vor am härtesten bekümmern.

Es gehört zu den vielen deutschen Unbegreiflichkeiten, daß man sich über die Wahl eines deutschen Nationalfeiertages streitet, wenn das Geschick uns einen Tag von so übertragender nationaler Bedeutung geschenkt hat. Aber wir leben die Weibe des 18. Januar nicht darin, daß er offiziell als Feiertag begangen wird. Wir wissen, daß wir ihn dann viel würdiger u. viel inniger feiern, wenn wir uns von diesem Gedanktag immer wieder zum Kampf für die Erhaltung und für die Befestigung des Reiches anspornen lassen. Wir haben das Reich, das von dem Glanz des 18. Januar überglänzt war, im Schatten tieferer Schmach und schwarzer Unheils gesehen. Wir haben mit allen Kräften daran gearbeitet, es wieder aufzurichten, in unermüdlicher profanischer Arbeit. Wir sind uns wohl bewußt, daß es noch die Ketten der Unfreiheit zu tragen hat. Aber wir hoffen fest, daß es wieder einmal frei und unabhängig sein wird, wie in alter Zeit. Wir wissen auch, daß dieses Ziel nur in harter praktischer Arbeit erreicht werden kann, und zu dieser Arbeit soll uns die Erinnerung an den Geburtstag des Reiches neuer Ansporn sein.

Die Deutschnationalen fordern Neuwahlen.

TU. Berlin, 17. Jan.

Auf einer Reichsgründungsfeier der deutschnationalen Ortsgruppe Steglitz-Pötschfeld-Pantow und Süden im Parkrestaurant Süden führte Reichstagsabgeordneter Freiherr v. Frentag-Doringhoven u. a. aus, das heutige System habe seinen Kreislauf beendet. Das deutsch-polnische Liquidationsabkommen bedeute nämlich ein Dilucarno, der Youngplan bringe die endgültige Eingliederung Deutschlands in das Versailles-Mächtesystem. Daneben stehe im Innern der finanzielle Zusammenbruch. Die sechs Millionen vom 2. Dezember würden sich vervielfältigen, und wenn der Reichstag es wage, den Youngplan anzunehmen, würden die Deutschnationalen von allen verfassungsmäßigen Möglichkeiten Gebrauch machen und vor allem auch den Reichspräsidenten anrufen. Welche das alte System nicht freiwillig, so würde man Neuwahlen fordern.

Dr. Wirth und die Sanktionen.

Die angebliche Neuherung im Haag.

WTB. Haag, 17. Jan.

Vor Beginn der heutigen Nachmittagskonferenz gab Reichsminister Dr. Wirth im Eingehen mit der englischen Delegation folgende Erklärung ab:

„Durch die deutsche Presse liefen Neuherungen über angebliche Ausführungen des englischen Pressesekretärs Stewart über Bemerkungen, die Reichsminister Dr. Wirth anlässlich der Besprechung der Sanktionsfrage im Kreise der sechs

einladenden Mächte getan haben soll. Die Neuherungen, wie sie in einem Teil der deutschen Presse wiedergegeben sind, sind nicht gefallen. Und auch der englische Pressesekretär hat sie so, wie behauptet wird, nicht weitergegeben.

Bei der damaligen Besprechung handelte es sich um die Verantwortung der vom Schatzkanzler Snowden gestellten Frage, ob bei einer etwaigen Diskriminierung einer einzelnen Nation durch Deutschland auch diese einzelne Nation in dem gegebenen Falle vor dem Ständigen Internationalen Gerichtshof Klage erheben könne. Diese Frage wurde dem Vertragstext entsprechend heute wie damals bejaht. Im übrigen betonte heute abend Reichsminister Dr. Wirth, daß eine solche Diskriminierung praktisch nicht in Frage kommen könne, da ja Deutschland nicht die einzelnen Gläubigermächte ansahle, sondern dies Aufgabe der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich sei. Snowden schloß sich der Feststellung des Reichsministers Dr. Wirth in der heutigen Abendstunde an.

Die politischen Ruhestörer.

Neue Schiebereien im Berliner Osten. — Preußen will durchgreifen.

(Eigener Dienst des „Karlsruher Tagblattes“.)

W. Pl. Berlin, 17. Jan.

Der Befehl zu einer gesteigerten Aktivität, den die kommunistische Partei, wie sich herausgestellt hat, vor einiger Zeit aus Moskau erhalten hat, beginnt sich jetzt trotz des Versammlungsverbot unter freiem Himmel in Preußen auszuwirken. Nach den verschiedenen Kravallen, wie sie in den letzten Tagen stattgefunden haben, ist es in der Nacht vom Donnerstag auf Freitag im Osten Berlins wieder zu blutigen Schiebereien der Kommunisten gekommen, durch die ein unbeteiligter Passant, ein Oberpostkassierer, der sich von seiner Arbeitsstelle auf dem Nachhauseweg befand, schwer verletzt wurde. Ein zweiter Unbeteiligter, wurde durch Messerstiche in den Hinterkopf ebenfalls schwer verwundet. Die Schüsse der Kommunisten gingen außerdem in die Fensterhebe eines Kaffees und zertrümmerten in dem Lokal verschiedene Einrichtungsgegenstände.

Es ist nur einem glücklichen Zufall zu verdanken, daß von den Gästen des vollbesetzten Kaffeehauses niemand durch die kommunistischen Angeln getroffen wurde. Das Ueberfallkommando wurde von den Gästen des Kaffeehauses alarmiert. Bei seinem Erscheinen inverte es mehrere Straßenzüge in der Umgegend ab und nahm eine Durchsichtung verschiedener Kommunistenlokale vor. Bei der Polizeiaktion, die mehrere Stunden dauerte, wurden sechs Personen festgenommen. Da ihnen aber eine Beteiligung an dem Feuerüberfall nicht nachzuweisen war, wurden sie wieder entlassen.

Die politische Polizei hatte für den aestrigen Abend von vornherein mit Unruhen gerechnet. Der Abend verlief jedoch bis gegen 11 Uhr ruhig. Um diese Zeit kam eine Gruppe von Nationalsozialisten die Vorhangsener Straße entlang. Pöhlisch wurde sie aus dem Hinterhalt beschossen. Die Nationalsozialisten suchten hierauf unter einem Torbogen Deduna. Als das von den Gästen des Kaffees alarmierte Ueberfallkommando ankam, waren die Kommunisten geflohen, aber unter einem Torbogen eines Hauses lag der oben erwähnte Oberpostkassierer von einer Kugel in den Oberhüften getroffen. Während die Polizeibeamten die Gegend absuchten, rotteten sich die Kommunisten an einer anderen Stelle wieder zusammen und überfielen einen Arbeiter. Als er sich zur Wehr setzte, erhielt er mehrere Messerstiche in den Hinterkopf. Er wurde auf die Rettungswache gebracht, wo ihm ein Notverband angelegt wurde.

Kammererwahl im Elsaß.

Vor der Wahl von Rappoltswiller.

VdD. Straßburg, 17. Januar.

Bei der auf den 26. Januar festgelegten Kammererwahl im Wahlkreis Rappoltswiller, die durch die Senatswahl des bisherigen Kammervertreters notwendig geworden ist, handelt es sich um einen der elsässischen Wahlkreise, auf welche die Französlinge schon immer mit besonderem Wohlgefallen blickten. In der deutschen Zeit hatte Rappoltswiller den französischen Propagandisten und Spion Wetterle in den Reichstag entsandt und sich seit 1919 durch Dr. Pflieger vertreten lassen, der durch ein übertriebenes Franzosentum seine farbenfrohe Burlesque

zeit als „Bismarck-Student“ vergessen machen wollte. Die auf Initiative Poincarés gegründete Nationalkatholische Partei hat den Generalrat Josef Nieder aufgestellt, der sich dadurch empfiehlt, daß er während des Krieges deutscherseits in Schutzhaft genommen war. Die im Elsaß französisch-nationalistisch orientierte Sozialdemokratie hat den beigeordneten Reichsminister, während zwei andere nationalistische Kandidaturen mit Rücksicht auf den nationalen Sammelpolitiker Nieder zurückgezogen sind.

Nur als Satyrspiel kann man es betrachten, wenn sich auch Claus Jörn v. Bulach als Bewerber meldet, dieser Mann, der als Sohn des kaiserlichen Staatssekretärs in der deutschen Zeit deutsche Offiziere beschimpfte, der dann mit Holzereien und Injurien nur so um sich warf, bis er von den eben noch geschmähten französischen Gewalttätigern demütig Abschied nehmen mußte, als er erkrankt auf ein paar Monate ins Gefängnis gesteckt werden sollte. Diesen Kandidaturen gegenüber hat die Elsässische Volkspartei den aus Colmar gebürtigen Arzt Dr. Karl Dörner in Marlik aufgestellt, der politisch bisher kaum hervorgetreten war und sich als Heimatkandidat großer Veranschaulichung, auch in der Arbeiterkategorie, erfreut. Dem Ausgang der Rappoltswiller Wahl darf angeschlossen der verwinkelten Parteiverhältnisse mit Spannung entgegengelesen werden.

Die französischen Versuche, die ihnen gewöhnlich erziehende Niederlage der autonoministischen Richtung als Zeichen für einen politischen Umschwung im Lande in Anspruch zu nehmen, können schon im voraus als eine Demonstration an einem höchst unanglischen Objekt zurückgewiesen werden. Die Regierung Lardieu und das Parlament werden sich durch einen neuen nationalen Sieg im Elsaß nur zu gern blenden lassen. Die Folge wird sein, daß sie in ihren Entschlüssen auch weiterhin von den einseitigen Vorurteilen über die Lage beherrschet sein werden, die der französischen Nachkriegspolitik im „befreiten“ Elsaß-Lothringen ihr Gepräge gegeben haben.

Zentrumsbeschwerde über Wiffell.

Berlin, 17. Jan.

Unter dem Titel: „Fort mit Wiffell“ hatte Reichsarbeitsminister Wiffell in einem Berliner Blatt die gegenwärtige strafrechtliche Behandlung der Abtreibung als unhaltbar bezeichnet. Die Zentrumsfraktion des Reichstags hat in dieser öffentlichen Erklärung Wiffells, die unter Angabe seiner Stellung als Reichsarbeitsminister erfolgt ist, ein ungewöhnliches Vorgehen und eine Kritik an andersdenkenden Koalitionsparteien erblickt. Der Vorsitzende der Reichstagsfraktion des Zentrums Dr. Brüning ist deshalb beim Reichskanzler in dieser Angelegenheit vorstellig geworden.

Beschlagnahme der „Roten Fahne“.

WTB Berlin, 17. Jan.

Der Polizeipräsident teilt mit: Die kommunistische Zeitung „Die Rote Fahne“ ist heute in den frühen Morgenstunden vollständig beschlagnahmt worden, da verschiedene, in der heutigen Nummer enthaltene Artikel gegen die § 111 (Aufforderung zur Begehung strafbarer Handlungen), § 130 (Aufreizung zum Klassenkampf) u. § 85 (Aufforderung zum Hochverrat) des Strafgesetzbuches verstoßen. Bei der Beschlagnahme wurde der größte Teil der Auflage der heutigen Nummer der „Roten Fahne“ erfaßt.

Kommunistenverhaftungen in Wilhelmshaven.

WTB. Wilhelmshaven, 17. Jan.

Wie wir von zuständiger Stelle erfahren, wurden in den letzten Tagen dem Amtsgericht Wilhelmshaven einige Mitglieder der kommunistischen Partei zugeführt, die sich durch Verbreitung von Pöhschriften an die Mannschaften des Kreuzers „Emden“ und anderer Marinefahrzeuge strafbar gemacht haben. Im Interesse der Unternehmung können im Augenblick weitere Mitteilungen nicht gemacht werden.

Das 5. Todesopfer von Hartmannsdorf.

TU. Chemnitz, 17. Jan.

Von den in einem Chemnitzer Krankenhaus untergebrachten Verwundeten des blutigen Zusammenstoßes in Hartmannsdorf ist am Freitag der Arbeiter Richard Gerschler aus Chemnitz gestorben. Der Zusammenstoß hat damit das 5. Todesopfer gefordert.

Bei nassem Wetter ein paar Wyberl!
Sie schützen vor Erkältung und Infektion und halten Katarrh fern.



Wyberl
In Apotheken und Drogerien RM. 1.25 und 70 Pfg.



Die „Pyramide“

Wochenschrift zum Karlsruher Tagblatt enthält in ihrer morgigen Ausgabe (Nr. 3) folgende Beiträge: Bohème des 12. Jahrhunderts; Der Erzpöbel. Von Professor Dr. Otto Cartellieri in Karlsruhe. — Ein babilönes Erinnerungsstück. Von Freiherr Edgar von Rotberg in Karlsruhe. — Der Versuch. Novelle. (Schluß.) Von Emanuel von Bodman in Göttingen.

Physik und Metaphysik.

Vortrag von Prof. Hugo Dingler-München in der „Vortragsgemeinschaft“.

Es regt sich etwas unter den Physikern, daß die Physik nicht das Letzte sein kann, daß es über die Berechenbarkeit der Welt hinausgehend etwas Unberechenbares gibt, das wir in herkömmlicher Weise Metaphysik nennen. Prof. Hugo Dingler, von der Universität München, hat, von der Fachwissenschaft herkommend, in seinem Werk: „Der Zusammenbruch der Wissenschaft“ einen ersten Vorstoß unternommen. Inzwischen hat er manches andere Werk veröffentlicht, das um diesen Problemkomplex kreist. Seine skeptische Haltung ist nicht unproduktiv. Im Gegenteil. In dem er an die exakte Wissenschaft die Frage nach ihrer Rechtschaffenheit stellt, öffnet er allen die Augen für die Hypothese, mit der sie, trotz des Experimentis und gerade mit dem Experiment, arbeitet. Erfreulicherweise waren die Mathematiker und Physiker der Technischen Hochschule anwesend. Denn bei aller öffentlichen Bedeutung, die das Thema für jeden naturwissenschaftlich gebildeten Menschen hat, war es doch in erster Linie an die Fachvertreter gerichtet. Dingler konnte darauf hinweisen, daß die Techn. Hochschule in Karlsruhe besonders im Hinblick

auf die sog. „Grundlagenforschung“ seit Ernst Schröter (der von 1876—1902 hier lehrte) einen besonderen Anteil an der Entwicklung aller dieser Dinge habe, von denen auch er ausgehe. Aus der Gegenwart nannte er die Professoren Böhm, Waldus und Ungerer, die man auch unter den Anwesenden erblickte.

Von vornherein zeichnete Dingler die Kriege der exakten Wissenschaft, die nicht so sehr eine Kriege der experimentellen Physik, als eine Kriege des rationalen Systems sei, das dem Gesamtbereich der Physik und Mathematik zugrunde liege. Die Urfragen der Kriege findet er um die Mitte des 19. Jahrhunderts, wo man begonnen habe, naturwissenschaftliche Einzelresultate philosophisch zu vermerken und wo man somit die Philosophie ausschaltete, weil die induktiven Ergebnisse nicht zu einem philosophischen System führen können, trotz beispielsweise Eduard von Hartmanns Verlust.

Aus der Fülle der Darlegungen greifen wir nur die beiden wichtigsten kritischen Angriffspunkte Dinglers heraus: in der Physik das Experiment und in der Mathematik den Ansatz. Ueber das Experiment hat Dingler ein hebeutames Buch geschrieben. Was ihn hier skeptisch macht, das ist vor allen Dingen das, daß die Apparate, die wir zum Experiment verwenden, so gebaut sind, daß die Natur gezwungen sei, ihnen zu antworten. Es kann sich also nicht um die Erkenntnis von Naturgesetzen auf experimentellem Weg handeln. Die experimentelle Physik stamme nicht aus der Erfahrung, sondern — aus dem Experiment. Der Apparat sei ja kein Naturgebilde, sondern eine reine Menschenform. Ebenso mache sich die Mathematik keine Gedanken über den Jogh. Ansatz, d. h. über die Verbindungsstelle, die vom Nicht-mathematischen zum Mathematischen führe. Der mathematische Ansatz bedürfe einer Begründung, er könne also nicht das Letzte sein.

Das Letzte — das war schließlich die Frage, die Dingler aus dem Bereich der Physik in den der Metaphysik führte. Als Ergebnis steht fest: Physik und Mathematik können nicht das Letzte darstellen, weil sie notwendig (im

regressus in infinitum) einer Begründung ihres „Grundes“ bedürfen. Erit dort, wo keine Begründung des Grundes mehr möglich und notwendig sei, könne das Letzte sein. Dieses Letzte bezeichnete Dingler nun mit Schopenhauer als Willen. Der Wille sei das, was immer bleibe, auch wenn ich ihn nicht wolle. Aber das ist allerdings selbst der kritische Punkt dieser Metaphysik. Der Wille ist doch zuletzt, wie wir an Schopenhauer und Nietzsche sehen, ein psychologisches, kein metaphysisches Faktum. Warum sollen wir das, was eigentlich als Letztes nicht bestimmbar sein kann, zuletzt doch bestimmen?

Dingler ist ein ernst ringender Skeptiker, der vor allen Dingen Probleme sieht. Schon deshalb war der Vortrag bedeutungsvoll. Schade, daß die Form es schwer machte, den außerordentlich tiefen und bohrenden Gehalt ganz zu erfassen. Aber ein solcher Vortrag kann ja nur den Zweck haben, einen Weg zum Buche zu bilden.

Das Dresdner Streichquartett

Das Kammermusikquartett vom Dresdner Streichquartett — am Donnerstagabend im aufbelegten Eintrachtsaal — ließ zu Beginn Schuberts op. 29, A-Moll hören. Damit und mit dem weiteren Programm bot der Abend ganz feinerweise eine willkommene Abwechslung innerhalb der kammermusikalischen Genüsse dieser Konzertsaale. Da ist Schuberts volkstümliche und empfindungsreiche Klaviersphäre. Da ist der Musiker, der gänzlich unproblematisch seinem Einfalt und der Melodie vertraut. Die Melodie führt und prägt auch formal und geistig den Reiz seines kammermusikalischen Schaffens. In der Wiederkehr des Werkes war daher zunächst naturgemäß vorzuziehen das Spiel des ersten Geigers (Fritz Schneider) der es ausgezeichnet versteht, seinem Instrument den melodischen Gedanken an klarer Linie zu entlocken. Das lyrische Andante, welches ein Liebthema verwendet, erfährt eine impulsive, dennoch unverwundete Deutung. Im Zusammenhang der vier Quartetten fallen noch die und unplausible

Profilierungen und Eindrücke auf. Man hat den Eindruck, daß sich neben dem jugendlichen, aber künstlich mit eigener Phantasie begabten I. Geiger (und vielleicht mit Ausnahme des Bratistinen Alex. Kropfholzer), die übrigen Musiker etwas einseitig auf ihre Instrumente und auf Technik stützen. Schumanns prachtvolles Klavierquintett (Es-Dur) wurde durch die Mitwirkung unserer bekannten Pianistin Martha Weil-Wagner interessant und genussreich gehalten. Mit fräftigem Anschlag und feiner durchbildeter, geläufiger Technik gewann sie entscheidenden Einfluß auf die Weitergabe des dankbaren Werkes, welches auch die vier Streichquintette im harmonischen Aufschwung zu sonorerer Einheit verschmolzen sah. Von welcher Seite insbesondere die Wirkungsqualitäten der Künstler betrachtet und beachtet sein wollen, zeigte sich in Dvorák's Streichquartett op. 96 (F-Dur). Die melodisch-rhythmische Ausbeute einer echten Musikantenschöpfung stellte die Eigenart ihres temperamentvollen Künstlertriums unter Beweis: sich in ergiebiger Fülle und Phantasie auszusprechen. Für die Konzertbesucher war der Abend uneingeschränkt anregend und genussreich. Es gab verlängerten Applaus, Hervorrufe und für die in gleicher Weise ausgezeichnete Pianistin außerdem Blumen. Lp.

Kunst und Wissenschaft.

Der Wunderrabbi im Vatikan. Zum erstenmal wurde es einem jüdischen Gelehrten gestattet, die vatikanischen Staatsarchive und die vatikanische Bibliothek für ein wissenschaftliches Werk einzusehen. Es handelt sich um den bekannten Rabbiner von Netza, den sogenannten Wunderrabbi, der, wie aus Prag berichtet wird, nach längerem Aufenthalt aus Rom zurückgekehrt ist. Er wurde vom Papst in Audienz empfangen und erhielt die Erlaubnis zur Benutzung vatikanischer Quellen für seine Arbeit, die sich um den staatlichen und kulturellen Verhältnissen des früheren jüdischen Königreiches beschäftigt.

Zur linken Hand getraut...

Diktatur des Herzens an Fürstenhöfen.

(2. Fortsetzung.)

Vater und Sohn auf gleichen Wegen.

In welcher Weise die Familienstande der kleinen deutschen Fürstentümer vor hundert Jahren einen Staat beschäftigten, zeigt das Beispiel des kasseler Kurfürsten Friedrich II. und dessen würdigen Sohnes Friedrich Wilhelm.

Der kasseler Kurfürst Wilhelm II. war mit der etwas erkrankten Prinzessin Auguste von Preußen verheiratet. Es darf allerdings nicht verschwiegen werden, daß sie für den halbtoten Mann absolut nicht die Richtige war. Ihm hätte eine energische Frau zur Seite stehen

ging. Als im Jahre 1821 der Vater Wilhelms starb, und dieser als Wilhelm II. an die Regierung kam, bezog sie eine Zimmerstube im kurfürstlichen Palais und wurde zur Gräfin von Reichenbach erhoben. Aber durch dauernde Intrigen und den passiven Widerstand der rechtmäßigen Gemahlin des Kurfürsten wurde eine morganatische Ehe zwischen ihr und dem Regenten unmöglich.

Erst nach dem Tode der Kurfürstin durfte die nun schon 50 Jahre alt gewordene Frau von Reichenbach dem Kurfürsten die Hand zum Bunde reichen. Wir brauchen nur seinen Brief an sie zu lesen, um zu wissen, daß der schwache Mann doch mit seiner ganzen Seele an ihr hing und wohl als Privatmann eine vorbildlich glückliche Ehe mit der klugen Emilie geführt hätte.

Wissens, den 6. Juli 1841.

„Meine liebe Frau Gräfin von Reichenbach! Nachdem durch das Schreiben des Kaisers von Österreich vom 19. v. M. die Erfüllung meiner Allerhöchsten demselben vorgetragenen Wünsche in Beziehung auf meine Vermählung mit Ihnen und die hierin vorgesehenen kirchlichen Trauung bekanntgemacht worden sind, esse ich, Ihnen, Meine geliebte Gräfin, dieses Schreiben im Original zuzustellen, damit es Ihnen und unseren teuren Kindern für alle Zukunft zur sicheren Waise gegen irgend zu besorgende Unannehmlichkeiten dienen möge. Welchen Wert ich hierauf lege, wie beruhigt ich mich fühle, wissen Sie. Meiner nachmaligen Versicherung darüber bedarf es nicht. Ich füge nur noch die hinzu, daß ich mit inniger unwandelbarer Liebe verbleibe

Dein Dich liebender Wilhelm K.“

Die Gräfin von Reichenbach hat die Legitimierung ihres Verhältnisses mit dem Kurfürsten nur zwei Jahre überlebt. Am 12. Februar 1848 schloß sie nach einer heftigen Leberentzündung die Augen.

Ihr größter Feind war der rechtmäßige Sohn des Kurfürsten, der Kronprinz Wilhelm. Dieser begte gegen den Vater einen berechtigten Groll, weil er dessen Liebhaftigkeit mit der Reichenbach nicht auf die Höhe, ja, er entloß sogar, als das landesherrliche Gepter ihn zum Besuch bei der väterlichen Geliebten zwingen wollte, nach Berlin und dann nach Bonn. Hier lebte er toll darauf los. Man erzählte sich, daß er junge Bäuerinnen bei der Feldarbeit beschäftigte, ver-

nahm von Kaufereien, die er in den verrufensten Aneipen am Rhein angezettelt hatte, und schließlich sicherte das Gerücht durch, daß er ein Verhältnis habe, das ihn immer mehr beschäftigte und schließlich nicht mehr los ließ. Diese Liebe war die Tochter eines wohlhabenden Bonner Weinhändlers, die am 18. Mai 1803 geboren war, sich in einem Kölner Pensionat eine ziemlich gute Bildung angeeignet und endlich 1823 den Weinhändler Lehmann geheiratet hatte. Ob ihr Mann ihren Mädchenräumen entsprach, ist ungewiß, denn er war fast noch einmal so alt wie sie. Im September 1823 hatte sie ihrem Mann einen ersten Sohn geschenkt und kurz darauf begegnete sie dem Kronprinzen auf einem Ball. Seine Mutter scheint ihn damals nicht abnehmend auf Frau Gertrud Lehmann aufmerksam gemacht zu haben. Ob sie wirklich so faszinierend schön war, wie von gewisser Seite versichert wird, ist sehr zweifelhaft. Aber auf jeden Fall hatte sie entzückende Augen, in denen sich rheinische Heiterkeit und rheinische Beweglichkeit spiegelte. Friedrich Wilhelm verliebte sich in sie, und schließlich einigte er sich mit Lehmann, ihm gegen eine bedeutende Summe seine ehelichen Rechte unter der Hand zu überlassen. Außerdem setzte er ihm eine lebenslängliche Rente von tausend Talern aus. Gertrud gewährte er eine Rente von 3000 Talern und möblierte ihr eine Villa in Godesberg, wohnen er täglich mit eigenem Fuhrwerk hinausfuhrte.

Am 26. Juni 1831 fand dann endlich seine rechtmäßige Trauung mit Gertrud Lehmann statt, der er den Titel einer Gräfin von Schaumburg verlieh. Später wurde sie zur Fürstin von Hanau ernannt und überlebte ihren Gatten, den letzten Kurfürsten von Kassel, um sieben Jahre.

(Fortsetzung in der morgigen Ausgabe.)

Der Münchener Besuch bei Hindenburg.



Die Bürgermeister von München Dr. Scharnagl (links) und Dr. Küfner begeben sich zur Ueberreichung der Urkunde der Stadt München, die den Reichspräsidenten zum Ehrenbürger ernannte, in das Palais des Reichspräsidenten.

müssen, die ihn mit liebevoller Hilfe zum Selbstvertrauen hätte erziehen können. Aber Auguste von Preußen kimmerte sich nicht um ihren Mann, und so gingen beide ihre eigenen Wege. Aber eines Tages kam doch die große Liebe über ihn, die ihn Zeit seines Lebens nicht mehr los ließ. Doch als Erbprinz befand er sich in dauernden Geldverlegenheiten. Um sich flott zu machen, hatte er den Entschluß gefaßt, einen sehr kostbaren Brillantring an den Goldarbeiter zu verkaufen, der ihn feinerzeit angefertigt hatte. Der Goldarbeiter wohnte — die Geschichte spielt in Berlin — in der Königsstraße. Da der Besitzer nicht zu Hause war, öffnete ihm an seiner Stelle dessen Tochter, eine verführerische Brünette von 20 Jahren, die den Kurfürsten sofort begeisterte. Von da ab sprach er öfter in der Königsstraße vor, wußte Emilie Ortleb in schwindelnde Zukunftsträume zu verstricken, und hat schließlich ihren Vater, mit seiner Tochter eine „Gewissensheer“ eingehen zu dürfen. Der alte Juwelier aber lehnte den Antrag ab und erlaubte den Prinzen, sein Haus nie wieder zu betreten.

Für Wilhelm war das eine fürchtbare Enttäuschung. Er liebte seine Frau nicht, hatte sie nie geliebt, seine Kinder waren ihm gleichgültig, aber Emilie schien ihm die ideale Gefährtin fürs Leben. Jedenfalls nahm er sich die Ablehnung des alten Ortleb so zu Herzen, daß er in eine schwere Nervenkrankheit verfiel und im Fieber immer wieder nach der Geliebten verlangte. Sein Kammerdiener konnte schließlich die Dual nicht mehr mit ansehen, schlich sich in die Königsstraße und erzählte Emilie, wie es um den Kronprinzen stünde. Dem Eindruck seiner Schilderungen konnte das schöne Mädchen nicht widerstehen und folgte dem Kammerdiener an das Krankenbett. Hier pflegte sie den Kronprinzen mit umsichtiger Energie gesund und wurde später seine Geliebte.

Paß folgte sie ihm nach Kassel, wo er ein Palais für sie erbaute, in dem er aus und ein

Wo sind die zehn Millionen?

Suche nach dem Sklarek-Geld. — Ins Ausland verschoben?

Berlin, 17. Jan.

Die Untersuchung gegen die drei Brüder Willi, Max und Leo Sklarek ist jetzt soweit fortgeschritten, daß man, wie das „Berl. Tageblatt“ meldet, den Tatbestand der Versteigerung, Urkundenfälschung und des Betruges als geklärt annehmen kann. Insgesamt sind 19 Personen in der Voruntersuchung dieser Affäre beschuldigt, und gegen diese dürfte das Hauptverfahren eröffnet werden.

Mehr als 200 Aktenbände haben sich inzwischen bei dem Untersuchungsrichter Dr. Rosenmann angehäuft, die bezüglich der den Sklareks und ihren Mitbeschuldigten zur Last gelegten Straftaten behandeln. Man rechnet allgemein damit, daß die Voruntersuchung noch bis zum Monat April wird geführt werden müssen. Die Gründe dafür dürften nicht darin zu suchen sein, daß der Komplex der Straftaten noch nicht genügend geklärt ist, sondern darin, daß die Staatsanwaltschaft und der Untersuchungsrichter noch nach dem Verbleib der Sklareks forschen, das nicht aufzufinden ist. Es fehlen bisher in den Büchern und Geschäftspapieren der Sklareks der Nachweis,

wo von dem Gelde, das die Stadtbank an die Sklareks gezahlt hat, rund 10 Millionen Mark geblieben sind.

Die Verteidigung nimmt zwar an, daß ein großer Teil des verschwundenen Geldes bei den Leuten hängengeblieben ist, die den Sklareks

Gehilfenleistungen geleistet haben. Selbst wenn diese Annahme richtig wäre, würde doch noch immer eine enorme Summe von über 8 Millionen Mark zurückbleiben, die glatt verschwunden ist.

Die Nachforschungen der Untersuchungsbehörden nach diesem Gelde sind deshalb wichtig, weil hiernach die Feststellung des Konfessionsvertrahens, das den Sklareks weiterhin zum Vorwurf gemacht wird, abhängt. Die Strafverfolgungsbehörden glauben auch schon Spuren entdeckt zu haben, um den Nachweis dafür zu erbringen, daß

das Geld von den Sklareks tatsächlich ins Ausland verschoben

worden ist. Es trifft zwar zu, daß die Brüder Sklarek gegenwärtig in Deutschland ohne Mittel sind und daß ihre Familien auf Unterstützungen von befreundeter Seite angewiesen sind. Diese Tatsache, die im Widerspruch steht mit dem Vorwurf, 10 Millionen Mark ins Ausland verschoben zu haben, glaubt man aber damit erklären zu können, daß die Sklareks ihr Geld so sicher angelegt haben, und daß selbst ihre Frauen die Bankverbindungen nicht kennen. Willi und Leo Sklarek befinden sich übrigens im Lazarett des Untersuchungsgefängnisses. Sie sind krank. Max Sklarek wird gegenwärtig vom Ministerialrat Dr. Birger, dem bisherigen leitenden Arzt des Untersuchungsgefängnisses, auf seinen Gesundheitszustand untersucht.

Ausstellung „Deutscher Lebenswille“.



Hindenburg- und Eberthüste von K. S. Isenstein.

Die in eben in Berlin eröffnete Ausstellung „Deutscher Lebenswille“, die die Entwicklung Deutschlands in der Nachkriegszeit in Wort und Bild darstellt, zeigt zwei künstlerisch hervorragende neue Büsten der deutschen Reichspräsidenten Ebert und Hindenburg.

Das Grubenunglück in Oberschlesien.

Ein verschütteter Arbeiter lebend geborgen.

TU, Bentzen, 17. Jan.

Zu dem Grubenunglück auf der Beinhartube ist zu melden, daß in der Nacht vom Donnerstag zum Freitag gegen 2 Uhr ein weiterer Arbeiter lebend geborgen werden konnte. Obwohl er nur Aneisungen davon getragen hat, besteht bei ihm noch Lebensgefahr, da die Verletzung bisweilen ansieht. Die beiden übrigen verunglückten Bergleute konnten bisher noch nicht zutage gefördert werden. Es ist kaum anzunehmen, daß sie noch am Leben sind. Die Bergungsarbeiten werden eifrig fortgesetzt.

Folgenschweres Kraftwagenunglück.

TU, Sagen, 17. Jan.

Am Donnerstag ereignete sich zwischen Ambrö und Dahl ein schweres Kraftwagenunglück. Ein rasender Personenkraftwagen überfuhr ein auf der rechten Straßenseite gehendes 20jähriges Mädchen, das schwere Verletzungen am Kopf und Rücken erlitt. Der Führer, als er sah, was er angerichtet hatte, fuhr mit vergrößerter Geschwindigkeit weiter, ohne sich um die Verletzte zu kümmern. Kaum 500 m weiter verlor er die Gewalt über den Wagen, der gegen einen Bordstein raste und in den Straßengraben stürzte, wo er zertrümmert liegen blieb. Der Führer, der Verletzte und ein weiterer Junge wurden schwer verletzt.

Wieder Giftmordprozesse in Szolnok.

TU, Szolnok, 17. Jan.

Freitag vormittag begann hier der Giftmordprozess als Folge der Vergiftungen im Ehezimmer. Das Interesse für den Prozess ist diesmal noch größer, als bei den beiden vorhergegangenen, da zwei der reichsten und schönsten Bäuerinnen aus dem Ehezimmer angeklagt sind, die 44jährige Juliane Köldvany und die 43jährige Maria Kardoss. Die Kardoss ist angeklagt, ihren Gatten und ihren Sohn vergiftet zu haben. Ihr Gatte wurde 1917 aus dem Militärdienst entlassen, ergab sich dem Trunk und mißhandelte seine Frau. Auch der Sohn war ein Trunkenbold. Die zweite Angeklagte ist des zweifachen Giftmordes angeklagt. Sie hat ihre Mutter vergiftet und ihren Gestehten Ladislav Toth, mit dem sie in gemeinsamen Haushalt lebte und den sie schwärmerisch liebte. Zur Verhandlung erschienen beide Frauen in schwarzen Trauerkleidern. Die Köldvany leugnete alle Schuld, die Kardoss gab nach anfänglichem Leugnen schließlich ihre Schuld zu. In dem Prozess sind etwa 70 Zeugen geladen.

Leipheimer & Mende

Reste

Anzugstoffen - Kleiderstoffen
Seide, Samt, Baumwollwaren
Gardinen und Wäschestoffen
ungemein billig!

Badische Rundschau.

Verträge zwischen Kirche und Staat. Der Standpunkt der evang. Kirche.

In der neuesten Nummer der „Evangelisch-kirchlichen Nachrichten“, des von der kirchlichen Pressestelle herausgegebenen Blattes für die Kirchengemeindevertreter, findet sich ein interessanter Aufsatz eines Juristen zur Konfessionsfrage. Ueber die grundsätzliche Stellung der evangelischen Kirche zu Verträgen mit dem Staate äußert sich der Verfasser folgendermaßen:

„Die evangelische Kirche hat von jeher den Staat als den von Gott eingesetzten Sachwalter der weltlichen Dinge angesehen und anerkannt, und die evangelischen Christen haben immer nur verlangt, im Staat und unter seiner Rechtsordnung ungehindert und unbehindert ihrem Glauben leben zu können. Ueber den Staat zu herrschen oder ihm als selbständige, ganz außerhalb seiner Machtsphäre stehende Größe entgegenzutreten, ist nie der Ehrgeiz der evangelischen Kirche gewesen, die vielmehr sich ihres Wesens bewußt, willig unter die staatliche Rechtsordnung stellt, die ja auch heute noch Schutzbestimmungen für die Kirche enthält. Diese Einstellung aber hat grundsätzlich mit der Frage nichts zu tun, in welcher rechtlichen Form die die Kirche berührende Rechtsordnung aufgestellt wird. An sich ist es für den wirklich souveränen, tatsächlich über seinen Bürgern mit ungebrochener Gewalt stehenden Staat das Naturgemäße, auch seine Beziehungen zu den Kirchen durch einseitigen Staatsakt, durch Gesetz, zu regeln. Wenn der Staat aber es für zweckmäßig findet, seine Beziehungen zur römischen Kirche nicht durch Gesetz, sondern durch einen Vertrag festzulegen, dann muß heute die evangelische Kirche verlangen, daß ihre Beziehungen zum Staat in der gleichen Form die rechtliche Regelung finden. Rechtsverhältnisse zwischen Staat und Kirche, die auf Vertrag begründet sind, können grundsätzlich — Ausnahmen sind denkbar — auch nur durch Vertrag wieder abgeändert werden. Es liegt deshalb für jeden offen zutage, daß diejenige Kirche, die das staatlich-kirchliche Grenzgebiet durch Vertrag mit dem Staat rechtlich normiert hat, geförderter dasteht als diejenige Kirche, die aus einseitigem Staatsgesetz heraus ihre Rechtsbeziehungen zum Staate hineinnehmen muß. Da es der Wesensart der evangelischen Kirche durchaus nicht widerstrebt, mit dem Staat auch Verträge abzuschließen, muß es als eine Forderung der Parität angesehen werden, daß wenn einmal die deutschen Länder oder das Reich den Weg der Vertragsabschlüsse mit der römischen Kirche beschreiten, sie auch gegenüber den evangelischen Landeskirchen den gleichen Weg einhalten müssen.“

„Zum Schluß wirft der Verfasser noch einen Blick auf die Geschichte der preussischen Vertragsverhandlungen; er zieht aus ihr die Mahnung, „bei beginnenden katholisch-staatlichen Verhandlungen darauf hinzuwirken, daß gleiche Verhandlungen auch mit der evangelischen Kirche auf gleichzeitigen Abschluß eines gleichberechtigenden staatlich-kirchlichen Vertrags geführt werden“

Die Öffentlichkeit der Landtagsverhandlungen

Von der nationalsozialistischen Fraktion ist folgender Antrag eingebracht worden: Der Landtag wolle beschließen, daß im Sitzungssaal des Landtags die Sitz- und Stehplätze der allgemeinen Zuhörertribüne und der Logen dem Volke ohne Einschränkung zur Verfügung gestellt werden, daß die vorhandenen Räume voll ausgenutzt werden, und daß dem Publikum der Einlaß so leicht wie möglich gemacht wird. Vor allem müßte auch den Personen, die keine Verbindung zu Parteien und Fraktionen haben, die Möglichkeit gegeben werden, den Sitzungen des Landtages beizuwohnen. Die in den Verfassungen verheißene Öffentlichkeit der Landtagsarbeiten darf unter keinen Umständen durch bürokratische, der Furcht entspringende oder aus sonstigen Motiven entstehende Maßnahmen eingeschränkt werden.

ng. Spielberg (b. Ettlingen), 17. Jan. In der letzten Bürgerversammlung waren 5 Punkte auf der Tagesordnung: Gemeinderednergebnis 1927/28, Gehaltsregelung des Ortsdieners und des Gemeinderedners, Beihilfe zu der neu erbauten Wasserleitung, Aufstellung eines Kriegereinkaufs. Die ersten 4 Punkte wurden einstimmig angenommen. Das Kriegereinkaufs erregte eine längere Debatte; die Vorlage wurde schließlich mit 24 gegen 16 Stimmen angenommen.

o. Untergrombach, 17. Jan. Der Bruchsaler Sängergau hält am Sonntag, den 20. Januar hier seinen diesjährigen Sautag ab. Das 40jährige Jubiläum des Musikinstrumentalvereins, verbunden mit Fahnenweihe und einem Preiswettbewerb findet am 26. Mai hier statt.

dz. Schwetzingen, 16. Januar. Dr. Trautmann wurde gestern vom Mannheimer Bezirksamt als Bürgermeister der Stadtgemeinde Schwetzingen verpflichtet. Er hat am Nachmittag die Dienstgeschäfte übernommen.

Ein Telegramm Shurmans.

ld. Heidelberg, 17. Jan. Der amerikanische Vorkämpfer Shurman sandte an die Universität Heidelberg aus Anlaß der Grundsteinlegung folgendes Telegramm: „Nehmen Sie bitte meinen aufrichtigsten Dank für die freundliche Gastfreundschaft und die guten Wünsche anlässlich der Grundsteinlegung des neuen Universitätsgebäudes entgegen.“

Wieder Brandstiftung am eigenen Herd

Drei Familien obdachlos.

ld. Dürren (Amt Pforzheim), 17. Jan. Am Donnerstagabend nach 7 Uhr brach in dem Anwesen der Gebrüder Emil und Gustav Bidel in der Hauptstraße in der Scheuer Feuer aus. Der Brand ergriff auch das Doppelwohnhaus und legte das ganze Anwesen in Asche. Drei Familien wurden obdachlos. Noch in der Nacht wurden die beiden Brüder Emil und Gustav Bidel von der Gendarmerie verhaftet wegen Verdacht der Brandstiftung und ins Amtsgefängnis nach Pforzheim überführt.

Unter dem Verdacht schwerer Unterschlagung verhaftet.

wtb. Donaueschingen, 17. Jan. Der bei dem Truppenamt des hiesigen Ausbildungsbataillons tätige verheiratete Verwaltungsoberinspektor Kilian wurde unter dem Verdacht der Urkundenfälschung und der Unterschlagung ins Untersuchungsgefängnis eingeliefert. Es soll sich um einen Betrag von 4000 M handeln.

Auf der Straße überfahren.

ld. Bruchsal, 17. Jan. Rappenvirt Wilhelm Sachl wurde in bewußlosem Zustand von Passanten in der Rheinstraße gefunden. Allem Anschein nach ist er von hinten von einem Auto angefahren worden. Er wurde ins Krankenhaus verbracht, wo bedeutende Kopfverletzungen festgestellt wurden.

Das Rebhuhn als Straßenbahnkassier.

dz. Mannheim, 17. Jan. Ein eigenartiges Erlebnis hatten dieser Tage die Fahrgäste der Straßenbahn nach Weinheim. Hinter Bierheim flog aus dem Wiesengelände eine Schar von 12 bis 15 Rebhühnern auf und kam in der Richtung auf die fahrende Straßenbahn zugeschossen. Dabei prallte eines der Rebhühner mit solcher Wucht gegen die ein Zentimeter starke Scheibe, daß diese zertrümmert wurde und das Rebhuhn in den Wagen hinein fiel.

dz. Mannheim, 17. Jan. Dieser Tage war das Niedergehen eines Meteorits in einem Redauer Garten gemeldet worden. Die Untersuchung hat nun ergeben, daß der glühend heiß aufgefundenen Stein keineswegs ein Stein aus dem Weltall ist. Durch Zerbrechen einer Spinnungsleitung war ein Drahtende zu Boden gefallen. Die bei dem Aufschlag entstehende große Digenentzündung hatte den Stein ins Glühende gebracht.

Von der Grundsteinlegung in Heidelberg.



Unser Bild hält einen Moment der Feierlichkeiten fest, die anlässlich der Grundsteinlegung des Kollegengebäudes der „Neuen Universität“ (Shurman-Bau) in Heidelberg stattfanden. Der Rektor, Prof. Dr. Gotschlich, bei seiner Rede.

Kleine Rundschau.

— Ein 8jähriger Knabe in Pforzheim fiel beim Spielen in einen Kanal und wäre ertrunken, wenn ihn nicht der 19jährige Mechaniker Morlock, der kurz entschlossen aus dem Fenster seiner Fabrikwerkstatt ins Wasser sprang, gerettet hätte.

— Zwischen Kürnbach (b. Bretten) und Sternensfels entstand eine Schlägerei zwischen Rogenern, wobei einer durch eine Eisenstange und einen Messerhieb über dem Auge schwer verletzt wurde.

— In Langenbrücken (bei Bruchsal) wird seit vergangener Sonntag der 52jährige Landwirt Friedrich Reimling vermisst. Man vermutet Unglücksfall.

— Der Polizei gelang es am 30. 12. 1929 in Feudenheim und am 11. 1. 1930 auf der Rheinbrücke in Mannheim drei Motorradräuber, welche im Bezirk waren, mit den gestohlenen Motorrädern davonzuführen, festzunehmen. Nachträglich konnten 19 bis jetzt unau-

Der Tod im Verkehr.

dz. Mannheim, 17. Jan. Heute vorm. 11 Uhr sprang an einem auf der Straße Sandhofen-Waldhof fahrenden Zweifelder-Kraftwagen in einer Kurve der hintere rechte Reifen ab. Das Fahrzeug drehte sich um seine Achse u. über schlug sich, den Fahrer unter sich begrabend. Es handelt sich um den 32 Jahre alten Kaufmann Rob. Metty aus Würzburg, wohnhaft in Oppau, der sofort getötet wurde.

dz. Mannheim, 17. Jan. Gestern nachmittags gegen 5 Uhr ist der verheiratete etwa 40 Jahre alte Händler Friedrich Gütthger aus Secken-

heim auf seinem Fahrrad in der Schwetzingen Landstraße kurz nach der Einmündung der Brühlstraße verunfallt aus Unvorsichtigkeit in einen entgegengekehrter Richtung fahrenden Personenkraftwagen hineingefahren. Der Mann, der auf seinem Rad einen Korb und eine Korbflasche mit sich führte, wurde so schwer verletzt, daß der Tod auf der Stelle eintrat. Gestern abend kurz vor 10 Uhr wurde der verheiratete 65 Jahre alte Maschinist Friedrich Buttmi aus Rheinau beim Ueberfahren der Relaisstraße von einem aus der Richtung Schwetzingen kommenden Personenkraftwagen überfahren und so schwer verletzt, daß auch hier der Tod alsbald eintrat. Der Fahrer des Wagens soll mit großer Geschwindigkeit gefahren sein. Die Feststellungen sind im Gange.

Ein Vertrauensvotum 48:29

Der Antrag der Regierungsparteien gegen alle übrigen Stimmen im Landtag angenommen. — Der Evang. Volksd. neutral.

Die beendete Große Aussprache.

Am Freitag vormittags 9 Uhr wurde im Landtag mit der Generalaussprache fortgefahren. Der Präsident gab zunächst bekannt, daß ein Antrag vorliege, der wünschig, daß über die vorliegenden Mißtrauensanträge und das Vertrauensvotum namentlich abgestimmt werde.

Abg. Hilbert (Bauern- u. Wirtsch.-Partei) legte ein positives Bekenntnis zu Staat und Verfassung ab. Er wünschte rückwärtslose Drosselung der Ausgaben. Vor allem müsse ein Abbau der repräsentativen Ausgaben eintreten. Das Beamtentum müsse entpolitisiert werden. Die sozialen Lasten in ihrem heutigen Ausmaß seien nicht mehr tragbar. An der badischen Simultanschule dürfe nicht gerüttelt werden. Er sieht das Heil in der Betonung der wirtschaftlichen Momente.

Abg. Dr. Wolfhard (Dem.) berührte nochmals die Vorgänge bei der Regierungserklärung.

Abg. Köhler (N.S.) erklärte, daß praktisch die Eigenhaftigkeit nicht mehr bestehe, sie sei nur noch eine Frage der Ministerresol. Eine Steuerentlastung könne nur kommen bei einer Reduzierung der Ausgaben, im anderen Falle hätten wir nur eine Steuerverschiebung zu erwarten.

Abg. Böning (Komm.) lehnte jedw. Abbau der Soziallasten ab.

Abg. Ewald (Ev.-Vd.) legte die Ziele des Evangelischen Volksdienstes dar, die in der Hauptsache in einer sittlichen und religiösen Volkserneuerung liegen. Seine Gruppe würde es ablehnen, als Ablagerung anderer Parteien zu gelten. Auch würde sie sich nicht anmaßen, alleinige Hüterin des evangelischen Glaubens u. der evangelischen Kirche zu sein.

Abg. Habermehl (D. N.) lehnte den Optimismus in der Regierungserklärung ab. Not-

wendig sei, daß von prominenter Stelle klar u. eindeutig die katastrophale Finanzlage zum Ausdruck gebracht werde. Wenn das deutsche Volk geschlossen hinter die Regierung getreten wäre, so wäre die Stellung der Regierung im Haag eine ganz andere gewesen. Dr. Schacht müsse man Dank wissen, daß er den Mut für volle Offenheit gehabt habe. Die Industrie müsse sich ihrer Pflicht bewußt sein, die sie gegenüber der Gesamtheit des Volkes habe.

Innenminister Wittmann behandelte eingehend das Wahlrecht. Es sei ohne Zweifel, daß der jetzige Landtag mit seinen 88 Abgeordneten eine etwas reichliche Ausstattung für ein Land wie Baden sei, sie würde aber die Notwendigkeit der Erhaltung dastehen. Die Regierung stehe auf dem Standpunkt, daß die Selbstverwaltung der Gemeinden und Kreise und anderer Körperschaften ein hohes Gut ist. Sie teile auch die Meinung, daß ein Gemeindezugangsrecht kommen müsse, auch eine Aenderung der Gemeindeordnung; doch müsse hier abgewartet werden, wie sich die Dinge gestalten. Solange wir noch eine Wohnungsnot hätten und eine Not im Erwerbseleben, könnte auf die Wohnungszwangswirtschaft nicht verzichtet werden. In Baden sei die Gesetzgebung der Gebäudeförderung die denkbar günstigste gegenüber anderen Ländern. Das Reich habe die Pflicht, den besonderen Ansprüchen Badens als Grenzland entgegenzukommen. Wenn sich die deutschen Staaten halten wollen gegenüber einer Uebermacht Preussens, so werde ein Zusammenrücken mehrerer Staaten notwendig sein. Zum Schluß betonte der Minister, daß die Regierung mit allen ihr zur Verfügung stehenden Machtmitteln die Republik schützen würde.

Abg. Dr. Köhr (Ztr.) kam auf die Verhandlungen zur Regierungsbildung zu sprechen. Der Redner würde es bedauern, wenn für die Zukunft der Weg für die Große Koalition verbannt wäre. Ueber die Frage der Regierungsbildung äußerten sich ferner noch die Abg. Maier (Komm.) und Dr. Matthes (D. N.). Kultusminister Remmele betonte, er habe Verständnis für das Mißtrauen, das ihm als Kultusminister entgegengebracht werde. Er hätte aber Anspruch, die Bitte anzusprechen, doch eine gewisse Zeit verzichten zu lassen, und abzuwarten, ob er für das Amt tauglich sein werde.

Dr. Peers (Dem.) hat die Unabhängigkeit der Sparkommission dadurch zu dokumentieren, daß deren Berichte unmittelbar dem Landtag übermitteln werden. Der Redner richtete an die Regierung die Anfrage, ob es nicht möglich sei, für die Hochschulen und ihre Förderung einen Teil der im Staatsbesitz befindlichen Aktien abzutreten. Bezüglich des Kontrahats müsse eine Verschärfung des Zentrumskandidates festgelegt werden, da man jetzt die Schule mit hineinziehen will.

Nach Aeußerungen der Abg. Teutsch (Ev.-Vd.) und Frau Richter (D. N.) antwortete Kultusminister Remmele auf die demokratische Anfrage. Die eingeleiteten Verhandlungen hätten das Ziel gehabt, ob nicht das Reich im Etat für die Heidelberger Kliniken einen Teil der Kosten übernehmen könnte. Die zuständigen Reichstellen hätten aber in dieser Sache keine Ausichten geben können.

Nach zahlreichen persönlichen Bemerkungen wurde zur Abstimmung geschritten über die Mißtrauensanträge und über den Vertrauensantrag.

Die Abstimmung über Vertrauens- u. Mißtrauensanträge.

Von 88 Abgeordneten sind 80 anwesend. Der kommunistische Mißtrauensantrag wird bei Stimmenthaltung der Nationalsozialisten und Deutschnationalen abgelehnt, desgleichen der nationalsozialistische Antrag, der sich gegen die Gesamtregierung richtet (mit 48 gegen 9 Stimmen der Nationalsozialisten und Deutschnationalen bei Stimmenthaltung der übrigen Parteien). Abgelehnt wird ferner der nationalsozialistische Mißtrauensantrag gegen Minister Remmele (mit 62 gegen 6 Stimmen bei 12 Stimmenthaltungen), nachdem die Vertreter der Deutschen Volkspartei und Demokraten erklärt hatten, daß man die Tatkraft des neuen Unterrichtsministers noch zu wenig kenne.

Schließlich wird die Abstimmung über den Vertrauensantrag vorgenommen, der lautet: „Die Regierungserklärung wird gebilligt und der Regierung das Vertrauen ausgesprochen.“ Der Antrag findet Annahme mit 48 Stimmen der Regierungsparteien gegen 29 Stimmen der Opposition,

während sich die beiden Abgeordneten Teutsch und Ewald vom Ev. Volksdienst sowie das Mitglied der Regierung, Staatsrat Maier, der Stimme enthalten.

Gegen 1/3 Uhr verläßt sich das Haus auf Donnerstag, den 23. Januar, nachmittags 1/4 Uhr.

Aus der Landeshauptstadt.

Die Stadt kauft das Alte-Bahnhof-Gelände.

Abchluss des Vertrages zwischen der Stadt und der Reichsbahn. — Was wird nun aus dem Gelände werden? — Durchführung der Wilhelm- und Marienstrasse? — Die alte Bahnhofshalle als Markthalle?

Der Stadtrat gibt bekannt: Die Verhandlungen zwischen der Reichsbahnverwaltung und der Stadt haben nunmehr zu einer grundsätzlichen Einigung über den Verkauf des Geländes und die Höhe des Kaufpreises geführt.

Die Bedeutung dieses Vertragsabschlusses ergibt sich ohne weiteres: Schon seit Jahren bildet das große Gelände zwischen der Kriegsstraße einerseits und der Baumeisterstraße andererseits nicht nur eine unschöne Lücke im Stadtbild, sondern auch ein bedauerliches Hindernis für wichtige kommunalpolitische Aufgaben. Der schon seit langem vorgesehene Ausbau des Platzes am Ettlinger Tor war insoweit, weil schwerer aber noch die durch die Unbenutzbarkeit dieses Geländes entstandene Abriegelung der Südstadt von der Alt- und Mittelstadt und damit vom Stadtzentrum überhaupt. Der schmale Weg, der durch das am Ende der Marienstrasse gelegene Tor von der Baumeisterstraße nach der Kriegsstraße führte, war ein durchaus ungenügender Notbehelf und wurde von den Bewohnern der in Frage kommenden Stadtteile auch immer wieder als solcher bezeichnet.

Nun ist die Schranke zwischen Südstadt und Mittelstadt gefallen, der Weg für eine Durchführung der Wilhelm- und Marienstrasse bis zur Kriegsstraße ist frei.

Gewiß, die Stadt ist im neuen Jahr dringend aufs Sparen angewiesen, ihr Etat wird alle Mühe haben, sich in der Balance zu halten. Eine Erhöhung der Umlage soll unter allen Umständen vermieden werden. Die Wahrung der hier der Initiative der Stadtverwaltung harrenden Aufgabe ist aber nicht nur dringend erwünscht, sie dürfte sich auch zweifellos nicht allzu kostspielig gestalten. Ein Ausbau des Platzes am Ettlinger Tor wird, so schön die Wahrung dieser Frage auch vom Standpunkt des Städtebauers wäre, sich zumindest in diesem Jahre nicht verwirklichen lassen. Eine Durchführung der beiden Straßenzüge sollte aber unbedingt möglich sein. Hand in Hand mit ihr müßte dann auch eine

Pereinigung der immer unhaltbarer werdenden Wochenmarktvhältnisse

gehen. Die Verlegung des Wochenmarktes von der Straße auf den nunmehr zur Ausnutzung freierwerdenden Platz hinter dem ehemaligen Bahnhofsgelände dürfte nicht nur im Interesse des Verkehrs, sondern vor allem auch im Interesse der Hygiene eine Selbstverständlichkeit sein. Ebenso wünschenswert wäre die wohl nun Tatsache werdende Verlegung des früher als Bahnhofshalle dienenden Gebäudes als Markthalle. Der Abschluss des Vertrages dürfte Karlsruhe also ganz bedeutende Verbesserungsmöglichkeiten für die Durchführung kommunaler Aufgaben bringen, und es ist nicht zu bezweifeln, daß die Stadt diese Möglichkeiten auch voll und ganz auszunutzen verstehen wird.

Unterirdische Bedürfnisanstalt und Großantenne auf dem Ludwigplatz.

Die unansehnlich gewordene Bedürfnisanstalt auf dem Ludwigplatz wird durch eine unterirdische Einrichtung ersetzt.

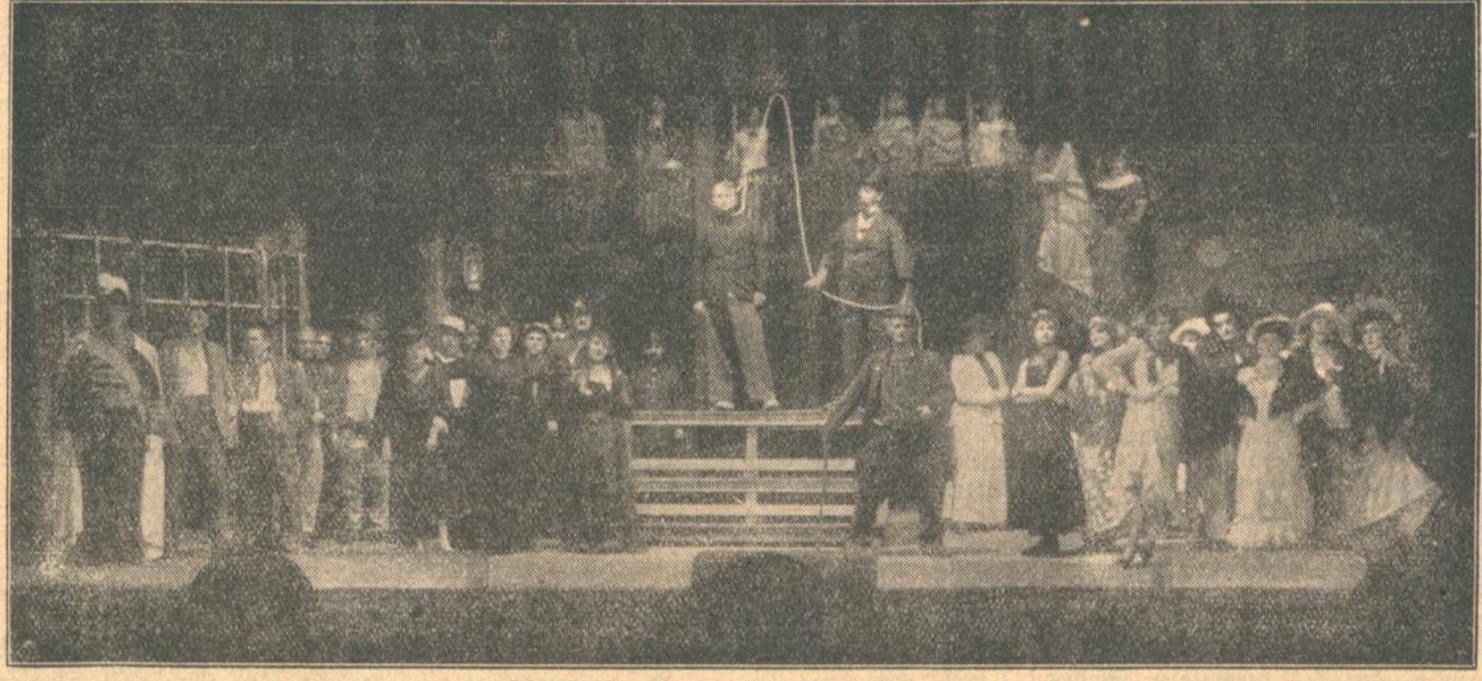
Frecher Raubversuch.

Wo bleibt die Polizei? Am Donnerstagabend gegen 11 Uhr wurde ein Schreiner von hier in der Kriegsstraße bei der Offendstraße von sechs etwa 20 Jahre alten Burden angefallen. Sie forderten Geld und schlugen, als sie keines erhielten, auf den Schreiner und dessen Begleiterin ein. Außerhalb Stunden vorher war ein Lagerist, während er mit seiner Frau durch die Wolfartsweierstraße ging, beim Passieren des Bahnüberganges plötzlich von mehreren jungen Burden mit Steinen beworfen worden. Es scheint sich dabei um dieselbe Bande zu handeln.

Es dürfte, bei der nachgerade erschreckend sich häufenden Zahl der Überfälle in Karlsruhe, Zeit werden, daß die Polizei energisch durchgreift und alle ihr zu Gebote stehenden Mittel erschöpft, um diesem ungläublichen Räuberwesen endlich Einhalt zu gebieten und der Einwohnerschaft die Sicherheit zu garantieren, auf die sie Anspruch hat.

Diebstähle.

Im Hof eines Anwesens der Waldstraße entdeckte ein unbekannter Täter von einem Pfingstentfer des ersten Stocks einen Wert von 100 M. — Einem Herrn wurden am Donnerstagabend im Bierordisbad aus der Kabine 25 M entwendet. — Bei einem Gartenhütten-Einbruch in der verlängerten Varnstrasse entdeckte der bis jetzt noch unbekannte Täter Werkzeuge im Wert von etwa 20 M. — Außerdem wurden der Polizei mehrere kleinere Diebstähle angezeigt.



Die „Dreigroschenoper“ im Landestheater. Schlußszene der gestern abend unter der Regie Baumbachs und der musikalischen Leitung Keilberths vom Schauspielpersonal des Landestheaters vortrefflich herausgebrachten Erstaufführung der „Dreigroschenoper“ von Bert Brecht und Kurt Weill.

Karlsruher Wohnungsbau 1930.

Das vorläufige Programm festgelegt. — Zwei Millionen Mark Baudarlehen. Vorläufig fünfhundert Wohnungen vorgesehen.

Der Karlsruher Stadtrat hat in seiner Sitzung vom 16. ds. Mts. folgenden Beschluß gefaßt:

Das städtische Wohnungsbauprogramm für das Wirtschaftsjahr 1930 wird aufgestellt. Darnach sollen zunächst 2 Mill. M. für Baudarlehen 1930 zur Verfügung gestellt werden. Mit diesem Betrage können für etwa 500 Wohnungen zweifelhafte Bauhypotheken gewährt werden.

Dieser Beschluß läßt, auch wenn man beachtet, daß es sich nur um ein vorläufiges Programm handelt, das im Laufe des Jahres noch Erweiterungen und Ergänzungen erfahren kann, doch klar und deutlich erkennen, daß die Stadt auch im Wohnungsbau auf Grund der wirtschaftlichen Notlage sich

an Einschränkungen gezwungen sieht. Im Vorjahre war für den gleichen Zweck ein Betrag von 3500 000 M. für von der Stadt zu gewählende Baudarlehen vorgesehen, mit dem die Errichtung von 700 Wohnungen ermöglicht wurde. Vergleicht man diese beiden Zahlen miteinander, so geht schon daraus hervor, daß das Wohnungsbauprogramm für 1930 an Größigkeit mit dem des Vorjahres keineswegs Schritt halten kann. Allerdings dürften ja auch in diesem Jahre noch Erweiterungen hinzukommen, so daß auch für 1930 mit der Errichtung von rund 800 Wohnungen zu rechnen sein wird, eine Zahl, die etwa gerade dem dringendsten Bedürfnis gerecht werden wird.

Der Wohnungsbedarf Karlsruhes

läßt sich am sichersten auf der Basis der Eheschließungen berechnen. Laut statistischer Erfahrungen finden nun in Karlsruhe gegenwärtig etwa 1200—1300 Eheschließungen statt. Da sich die Zahl der Eheschließungen mit der Zahl der benötigten Neuwohnungen auf Grund langjähriger Erfahrungen etwa wie 10 : 8 verhält, wären für die neu entstehenden Haushalte rund 1000 Wohnungen erforderlich. Von dieser Zahl muß man nun die Zahl der durch Todesfälle sich auflösenden Haushalte in Abzug bringen, die in Karlsruhe durchschnittlich etwa 450 pro Jahr beträgt, so daß ein Reinebedarf an neuen Haushaltungen (= Wohnungen) von rund 550 sich ergibt. Diese Zahl erhöht sich allerdings wieder um den alljährlich durch Abbruch oder Umbau eintretenden Wohnungsverlust, der sich auf rund 50 Wohnungen stellt, und den sogenannten Wanderungsgewinn, d. h. den Mehrbedarf durch von auswärts zuwandernde Familien, der auf Grund der Statistiken der letzten Jahre etwa mit 200 für Karlsruhe zu veranschlagen sein dürfte. Somit ergäbe sich für Karlsruhe ein Bedarf an Neuwohnungen in Höhe von rund 800.

Das vergangene Jahr hat uns mit der Errichtung von rund 1100 Wohnungen einen erfreulichen Ueberschuß gebracht. Das dieses Tempo des Wohnungsbauens aber auf die Dauer nicht durchhalten sein würde, war in Anbetracht der wirtschaftlichen Lage klar. Der vorliegende Stadtratsbeschluß gibt hieron schon einen Beweis. Die Stadt wird also alles versuchen, um im Rahmen des Möglichen dem dringendsten Bedarf gerecht zu werden, ein Ueberschuß wird sich aber in diesem Jahre kaum erzielen lassen. Denn selbst bei Ausbau des Programms im Laufe des Jahres werden 800 neue Wohnungen die Höchstgrenze des Erreichbaren darstellen. Die von der Stadt gewährte zweite Hypothek stellt zudem zwar eine sehr wesentliche, ja eine unbedingt notwendige Hilfe dar, sie garantiert allein aber natürlich noch nicht die Möglichkeit des Wohnungsbaues überhaupt. Dieser ist vor allem von der Erlangung der ersten Hypothek abhängig, und deren Erlangung wird durch

die außerordentliche Kapitalknappheit

mehr als erschwert. Die in erster Linie für derartige Kapitalbeschaffung in Frage kommenden Sparfassen sind ihrerseits wieder von der Höhe ihrer Einlagen, also indirekt auch wieder vom

privaten Kapitalmarkt, abhängig, und die früher für den Wohnungsbau stark herangezogenen Hypothekenbanken scheiden bei den derzeitigen Zinsverhältnissen so gut wie völlig als Geldgeber aus. Eine wesentliche Erleichterung würde allerdings die eventuell vorgesehene Abschaffung der Kapitalertragssteuer für festverzinsliche Papiere und Pfandbriefe der Hypothekenbanken mit sich bringen, doch sind die darüber angehängten Verhandlungen noch viel zu sehr in der Schwebe, als daß man heute schon mit dieser Erleichterung ernstlich rechnen dürfte.

Die Aussichten für den Wohnungsbau 1930

sind also nichts weniger wie günstig.

In Anbetracht dieser Verhältnisse ist daher vor allem eine Selbstverständlichkeit, daß die zur Verfügung stehenden Mittel auch in vollem Umfange vernünftig ausgenutzt werden. Der Be-

darf an größeren und mittleren Wohnungen ist heute in Karlsruhe so gut wie gedeckt. Für Prachtbauten haben wir nämlich kein Geld übrig. Das wichtigste und nächstliegende Ziel muß daher sein, den auch heute noch bestehenden Bedarf an Kleinwohnungen mit erschwinglicher Miete zu decken. In welcher Weise dies geschehen wird, ob der Dammersack eine weitere Ausgestaltung erfahren wird, ob in den Vororten neue Siedlungsreihen entstehen werden und wo, läßt sich heute natürlich noch nicht sagen. Wir glauben aber, daß die Stadtverwaltung als Hauptgelgeberin auch weiterhin ein Augenmerk darauf haben wird, daß die im Jahre 1930 entstehenden Wohnungen allen modernen Forderungen entsprechen und nicht nur zu einem Schmuckstück, sondern vor allem auch zu einem wirtschaftlichen und sozialen Gewinn für Karlsruhe werden.

Gro-Ka-Ge bleibt bestehen.

Der Karneval soll Karlsruhe erhalten bleiben.

Die Versammlung in der Glashalle. / Die Ziele der Großen Karnevals-Gesellschaft. / Das Karlsruher Faschingsprogramm.

Die erst im letzten Jahre neu gegründete Große Karnevals-Gesellschaft (Grokage) wurde am Donnerstagabend abermals neu gegründet. Denn sie hatte sich bereits im November vergangenen Jahres, als sich aus verschiedenen Kreisen lebhafter Widerspruch gegen eine von ihr geplante, aber in die Adventszeit fallende, Veranstaltung erhoben hatte, aufgelöst. Der Eiferer hatte seine Bemerkung zur Verfügung gestellt, die so junge „Neue Grokage“ bestand nicht mehr. Mit dem Herannahen der Faschingszeit machte sich aber doch in weiten Kreisen der Wunsch geltend, die Grokage wieder neu ins Leben zu rufen, um die von ihr im vergangenen Jahre durchgeführte Veranstaltung auch in diesem Jahre wieder durchführen zu können. Der Verkehrsverein Karlsruhe war daher an die früheren Mitglieder des Eiferer'schen Komitees und hatte außerdem, um gewissermaßen die Meinung der gesamten Karlsruher Bürgererschaft kennen zu lernen, am Donnerstagabend zu einer öffentlichen Versammlung in der Glashalle der Städtischen Festhalle eingeladen.

Die Versammlung wurde von dem 1. Vorsitzenden des Verkehrsvereins, Direktor Steinel, eröffnet, der in humorvollen Worten auf den Zweck der Versammlung hinwies und die Anwesenden zu einer Diskussion und Abstimmung über das weitere Schicksal der Grokage aufrief. Die Abstimmung brachte mit allen gegen drei Stimmen den Wunsch der Anwesenden auf Weiterbestehen bzw. Neugründung der Grokage zum Ausdruck. Direktor Steinel kam anschließend auf die Mitwirkung des Verkehrsvereins bei der Grokage und weiterhin auf den Charakter der diesjährigen Faschingsveranstaltungen zu sprechen. Er betonte, daß alle, vor allem auch die Führer und Mitarbeiter der Grokage sich voll und ganz der Schwere der Zeit bewußt seien; sie ständen aber auf dem Standpunkt, daß man gerade in solchen Zeiten ein paar Tage und Stunden wirklichen echten Humors und so besser brauchen könnte. Die Veranstaltungen sollten ja gerade dazu dienen, den Menschen über die Sorgen des Alltags hinwegzuhelfen und ihnen neuen Lebensmut zu geben. Ein lautes, tolles Faschingsstreben auf den Straßen käme natürlich nicht in Frage, wer sich aber an die früheren Sitzungen der Grokage erinnere, werde sicher überzeugt sein, daß der von ihr geplante Fasching stets in ruhigem und vornehmen Rahmen bleiben werde. Und gegen einen solchen Fasching könne niemand etwas einzuwenden haben.

Alsdann nahm der bisherige Präsident der Grokage, Direktor Hans Blum das Wort, um auf die Vorgänge im November vergangenen Jahres, die zur Amtsniederlegung des Eiferer'srates geführt haben, einzugehen. Er verteil-

digte die Bestrebungen der Grokage energisch gegen den Vorwurf der unanständigen Moral und der Unsozialität und betonte, daß er sich nie zu seinem Amte gedrängt habe. Er erläuterte sodann das Programm der Grokage, das zwei Fremdenabende und einen Ball umfasse. Die beiden Fremdenabende sollen am 9. und 26. Februar, der Bürgerball am 4. März stattfinden.

Mehrere Redner betonten anschließend, daß es erfreulich sei, daß gerade der Karlsruher Bevölkerung in diesen schweren Zeiten der Sinn für Humor nicht verloren gehe. Wenn die neue Grokage die gute Tradition der früheren alten Großen Karnevalsgesellschaft fortsetzen wolle, so könne sie der Unterstützung der Karlsruher Einwohnerschaft sicher sein.

Direktor Steinel forderte in seinem Schlußwort alle Anwesenden auf, daß ihre dazu beizutragen, daß die Bestrebungen der Grokage in allen Schichten der Bevölkerung den nötigen Widerhall finden.

Bezieher unserer Illustrierten

Die Rundschau

- und dessen Ehegatte sind bei der Nürnberger Lebensversicherungs-Bank in Nürnberg gegen die Folgen körperlicher Unfälle wie folgt versichert:
- 500.— für den Fall des Todes nach einmonatigem ununterbrochenem Abonnement
- 1000.— für den Fall des Todes nach dreijährigem ununterbrochenem Abonnement
- 1000.— für den Fall der dauernden Ganzinvalidität nach einmonatigem ununterbrochenem Abonnement
- 2000.— für den Fall der dauernden Ganzinvalidität nach dreijährigem ununterbrochenem Abonnement

Jeder Unfall ist unverzüglich nach Eintritt der Nürnberger Lebensversicherungs-Bank anzuzeigen. Verletzte müssen sich unverzüglich, spätestens am zweiten Tage nach dem Unfall, in ärztliche Behandlung begeben. Todesfälle müssen sofort, spätestens aber innerhalb 48 Stunden nach dem Eintritt der Bank schriftlich zur Anmeldung gebracht werden. Ueber die Voraussetzungen der Versicherungsrechte und Pflichten der Abonnenten im Versicherungsfall gehen die Versicherungsbedingungen. Aufschluß, die vom Verlag des Karlsruher Tagblattes zu beziehen sind.

Bezugspreis der Rundschau monatlich 50 Pfennig frei Haus

Wochenendtagung und Büromaschinenausstellung des DVB.

Der Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband will durch die von ihm in der Vorwoche gepflegte Berufsbildungsarbeit seinen Mitgliedern die Möglichkeiten bieten, sich das für ihr berufliches Fortkommen notwendige Wissen anzueignen und auszubauen. Am Samstag und Sonntag hatte er sich zur Aufgabe gesetzt, seine Mitglieder mit den neuesten bürotechnischen Einrichtungen und dem neuesten Stand der Betriebswirtschaftslehre vertraut zu machen. Er führte zu diesem Zweck eine Wochenendtagung verbunden mit einer Büromaschinenausstellung durch, anlässlich der, als Dozent, Herr Dr. Thoms von der Handelshochschule Mannheim über das richtige Gebiet der Betriebsorganisation und Betriebswirtschaftslehre sprach. Dank seiner vorzüglichen Rhetorik verstand es Herr Dr. Thoms, die sich gestellte Aufgabe mit einer bewundernswerten Leichtigkeit zu bewältigen und dadurch die sehr zahlreichen Teilnehmer der Tagung in die Lage zu versetzen, ihm leicht und sicher in das Reich seiner Tätigkeit zu folgen. In mehrstündigen Vorträgen behandelte er die Gebiete "Buchführung", wobei insbesondere das Durchschreibeverfahren, die Büromaschinen und das Lochkartenverfahren Gegenstand eingehender Aussprache waren. Dem Ordnungssystem — Karteien und Negativaturen — folgte das des Kontrollmeßens und als Abschluss der Postverkehr und der Schriftwechsel. Die richtigen Gebiete des bewältigten Stoffes lassen eine eingehende Schilderung und Inhaltsangabe nicht zu, trotzdem kann gesagt werden, daß die Vorlesungen ihren Zweck erfüllt haben. Das Eigene der technischen Neuerungen in den Betrieben hat das Geheimnisvolle und Ehrfurcht-Einschüßende verloren, denn was nützt die Maschine, wenn nicht der Mensch mit seinem nie stille stehenden, schöpferischen und gestaltenden Geist dahinter stehe. Man erkennt die Bürotechnik mit ihrem maschinellen Getriebe als unbedingte Notwendigkeit der neuen Zeit an, weiß aber auch, daß sie lediglich Gehilfe für schematische Arbeitsvorgänge sein kann. Es gilt also, sich ganz zwangsläufig auf die neue Arbeitsparole "Büde elektrisch — Reche elektrisch" einzustellen.

Die Ausstellung wies einen sehr zahlreichen Besuch auf. Sie war von namhaften hiesigen und auswärtigen Firmen besucht, die es sich hatten angelegen sein lassen, mit wirklich neuzeitlichem Material aufzuwarten. Neben dem Diktierapparat stand die wichtige Vertriebsfähigkeitsmaschine mit ihren mannigfachen Verwendungsmöglichkeiten; hier die modernsten und vollkommensten Schreibmaschinen deutscher Herstellung, denen sich die Buchungs- und Rechenmaschinen würdig angeschlossen. Abgesehen von dem vornehmen, gediegen wirkenden Büromöbel, abweichend von dem allhergebrachten Stil der Unvollkommenheit und Raumverschwendung sind heute unsere Büroeinrichtungen Gegenstände von einer Zweckmäßigkeit geschaffen, die sich würdig eingliedert in das ungeheure Rad der Rationalisierung in der deutschen Wirtschaft. Und der tiefere Inhalt der Tagung? Die Kaufmannsgehilfen wissen, daß es keinen Zweck hat, abseits zu stehen, wenn es gilt, den Kampf der deutschen Wirtschaftszusammenschlüsse und Mächte zu unterstützen und zu betreiben. Je besser wir die Laizik und die Kampfesweise der Gegner durchschauen und beherrschen, desto eher sind wir in der Lage, uns den Sieg zu sichern. "Den Wert des eigenen Standes erkennen, bedeutet gleichzeitig den Weg vor sich zu sehen, der dahin führen muß, mit allen Kräften gemeinsam am Wiederaufbau unseres Deutschen Reiches mitzuarbeiten." Dieser Wille und die Aufforderung hierzu klang aus dem Schlusswort des Gaubildungsobmannes, Herrn F. Neumärker-Mannheim. F. F.

Personaleinstellung bei der Deutschen Reichspost.

Man schreibt uns: Unter obiger Überschrift haben vor kurzem zahlreiche badische Tageszeitungen eine nicht von amtlicher Seite veranlasste Nachricht verbreitet, die Ausführungen aus dem Geschäftsbericht des Reichspostministeriums für das Rechnungsjahr 1928 über die Personalverhältnisse bei der Reichspost teilweise in entstellter Form wiedergibt und geteilt ist, bei den Lesern ein unrichtiges Bild über die derzeitigen Beschäftigungs- und Anstellungsmöglichkeiten im Post- und Telegraphendienst hervorzurufen. Hierzu sei gesagt, daß Neueinstellungen von Personal in größerem Umfang bei der Deutschen Reichspost keineswegs bevorstehen. In den höheren Dienst, für den Gerichts- oder Regierungsassessoren und Diplom-Ingenieure in Betracht kommen, sowie in den gehobenen mittleren technischen Dienst wird im Rechnungsjahr 1930 voraussichtlich wie bisher nur eine sehr geringe Zahl von Bewerbern mit besten Zeugnissen aufgenommen werden können. Die gehobene mittlere nichttechnische Laufbahn bleibt dagegen vorerst noch geschlossen. In den einfachen mittleren nichttechnischen Dienst werden zurzeit nur Versorgungsamänner (ehemalige Militärpersonen) eingestellt. Der Bedarf an weiblichen Beamten, sowie an Beamten des unteren Dienstes und des mittleren technischen Dienstes wird nach wie vor aus den bei den Verkehrsämtern bereits beschäftigten Hilfskräften im Angestellten- oder Lohnverhältnis gedeckt, für deren Einstellung diese Beamter zuständig sind.

Die Ueberfremdung des deutschen Grundbesitzes. Rückgang der Auslandsverkäufe.

WK. Die Ueberfremdung des deutschen Grund- und Hausbesitzes, die in der Inflationszeit ihren Höhepunkt erreichte, weist seit der Stabilisierung der deutschen Währung wieder eine rückläufige Bewegung auf, deren Tempo sich allerdings mehr und mehr verlangsamt. Besonders ins Gewicht fällt die Entwertung in Berlin. Nach der

Die Gastwirte protestieren gegen die geplante Biersteuererhöhung.

In der Glashalle des Stadgartenrestaurants fand gestern nachmittag eine von der Vereinigung zur Abwehr der geplanten Reichsbiersteuererhöhung einberufene Protestversammlung statt. Sie stand unter der Leitung des Präsidenten des Badischen Gastwirteverbandes, Knobel-Karlsruhe, und erregte sich eines außerordentlich starken Besuches, hauptsächlich aus den Kreisen des Gastwirtsberufes. Das Referat hatte Herr Runge vom Rheinischen Provinzialverband aus Köln übernommen. Es wurde einstimmig eine Entschließung angenommen, die an die Reichs- und Länderregierungen, wie auch an die badischen Abgeordneten des Reichs- und Landtages gerichtet werden soll. Sie fordert von Reichstag und Reichsregierung, daß die geplante Biersteuererhöhung unterbleibe und weist darauf hin, daß das Bier für die süddeutsche Bevölkerung nicht ein entbehrliches Genuss-, sondern ein Lebensmittel speziell für die arbeitende Bevölkerung bildet. Die geplante 50proz. Erhöhung der Reichsbiersteuer würde einen gewaltigen Konsumrückgang nach sich ziehen, eine Fortsetzung der Massenelastung und eine weitere Verschärfung der indirekten Steuern bedeuten, abgesehen von der schweren Schädigung der Landwirtschaft durch den Rückgang des Bedarfs an Gerste und Hopfen und der Gefahr einer bedeutenden Vermehrung des Heeres der Arbeitslosen durch Arbeiterentlassungen in den Brauereien. Auch die süddeutschen Brauereien wären nicht in der Lage, die Steuererhöhungen zu tragen. Zum Schluß wird Verwahrung dagegen eingelegt, daß in Süddeutschland bei allen Steuererhöhungen der Böwenanteil getragen werden soll. Aus allen diesen Gründen müsse der Gesetzgeber zu einer Ablehnung der Biersteuererhöhung kommen.

Berliner Grundbesitzwechselstatistik haben Personen mit Wohnsitz im Ausland ihren Besitz an bebauten Grundstücken im Jahre 1928 noch um über 800 vergrößert, in den Jahren 1924 bis 1927 dagegen haben sie rund 4000 Grundstücke mehr veräußert als erworben. Bei den übrigen Großstädten wird man im großen und ganzen mit ähnlichen Verhältnissen rechnen dürfen. Nach der vom 1. Vierteljahr 1927 ab durchgeführten Grundbesitzwechselstatistik ist der Rückgang der Ueberfremdung, der sich von Anfang 1927 bis Ende 1928 in den erfassten Städten auf rund 2400 Grundstücke belief, jedoch von Vierteljahr zu Vierteljahr schwächer geworden; er betrug im ersten Vierteljahr 1927 noch 601, im 4. Vierteljahr 1928 nur noch 159.

Die neue Nummer unserer 16 seitigen illustrierten Beilage "Die Rundschau"

zeigt ein stimmungsvolles Bild: Winter in den deutschen Bergen. Die aktuellen Aufnahmen der Woche finden wir auf zwei der nächsten Seiten. Es folgen dann prächtige Bilder aus dem Hohensollern-Museum, photographische Aufnahmen von kunstvollen Wagen und Schlitten längst verschwundener Pracht. Und die "Gand"-Aufnahmen bedeutender Männer wie Menzel, Hitz, Liebermann, Kestler werden bei vielen Lesern besonders Interesse erwecken. Eine Doppelseite enthält einen reich illustrierten Artikel, der uns in das Gebräuchliche der Weihnachts- und Jahrgangsartikel führt. Andere Illustrationen zeigen den Welfenschloß und Aufnahmen vom Dominikanerkloster "St. Paulus" und von einem Flug über Thüringen. Bilder von Bühne und Film, Videographie und anderes mehr seien hier noch erwähnt. Der spanische Roman wird lebhaftes Interesse erwecken, und die "Mäuselcke" und der "Humor" wird manchen Leser fesseln. — Unsere Boten und die Geschäftsstelle nehmen jederzeit Bestellungen auf die illustrierte Beilage entgegen.

Goldene Hochzeit. Den Wagenkontrollleur a. D. Josef Hürz geleitet wurde anlässlich der Feier ihrer goldenen Hochzeit eine Ehrenprobe der Stadt, begleitet von einem Glückwunschschreiben überreicht.

Wohltätigkeitsveranstaltung. Jeder Tag gibt uns aufs neue Kunde von der schweren wirtschaftlichen Depression u. der Not, die sie im Gefolge hat. Fürsorgeämter u. caritative Vereine wissen zu berichten von alten und immer neuen Notständen. Was letztere an Mitteln aus Beiträgen auszuwenden haben, reicht nicht entfernt aus, um all dem Elend zu steuern, das sie um Hilfe bittet. Man hat daher versucht, durch wiederholte Sammlungen die Summen aufzubringen, die nötig wären, um auch nur die dringendste Not zu lindern. Es hat sich gezeigt, daß das nicht möglich war. Aber die Hilfskräfte verstimmen nicht, auch wenn die Gelder erschöpft sind, und es ist für die Organe der Liebestätigkeit eine bittere Lage, wenn sie helfen sollten u. wollten, es aber aus Mangel an Mitteln nicht vermögen. In dieser Lage ist auch der Frauen-Vereinsverein, der zahlreiche Armen, vor allem verheiratete, betreut. Darum will er versuchen auf andere Art die nötigen Summen zusammenzubringen. Er ladet die hiesige Einwohner zu einer Wohltätigkeitsveranstaltung großen Stils in die Festhalle ein. Mit dem Raketenflugzeug auf den Mond ist der Grundgedanke, aus dem sich allerhand anregende Einzelheiten für die Ausgestaltung ergeben. Mond und Erde werden wetteifern, ihre Herrlichkeiten den Besuchern darzubieten, lobad die Reife mit dem Raketenflugzeug sich lohnen wird. Die Veranstaltung findet statt am 4., 5. und 6. Februar. Heute schon bittet der vorbereitende Ausschuss um gütige Unterstützung durch Spenden und Besuch. Der Ertrag wird ja den hiesigen Armen zugute kommen. (Siehe Aufruf.)

Ein abgeändertes Urteil. Berufungsverhandlung gegen den Chauffeur Gooß.

Vor der Berufungskammer stand gestern die Berufung des Kraftwagenführers Hermann Gooß aus Hohenwettersbach gegen das schöffengerichtliche Urteil vom 12. September vorigen Jahres wegen fahrlässiger Tötung zur Verhandlung. Gooß hatte mit dem Kraftwagen einer Durlacher Firma am 2. August vorigen Jahres einen Zusammenstoß mit dem auf seinem Motorrad die Neue Bahnhofsstraße entlang fahrenden, verheirateten Blechmeister Alfred Hader von hier, wobei Hader

überfahren und getötet wurde. Nach dem Ergebnis der Beweisaufnahme vor der Berufungskammer hat das Gericht den Sachverhalt in einem wesentlich günstigeren Lichte für den Angeklagten angesehen als das Schöffengericht. Das Urteil des Schöffengerichts, durch das Gooß seinerzeit zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt worden war, wurde aufgehoben und der Angeklagte lediglich zu einer Geldstrafe von 300 Mark verurteilt. Die Verteidigung lag in den Händen des Rechtsanwalts Dr. Häfelin.

Der Verein Karlsruher Presse (Journalisten- und Schriftsteller-Verein e. V.) hat beschlossen, angeichts der allgemein ungünstigen wirtschaftlichen Lage in diesem Jahre von der Veranstaltung eines großen Pressefestes abzusehen. Dagegen sollen den Mitgliedern und einem beschränkten Kreis von Gästen die üblichen Unterhaltungsabende des Winters nicht vorenthalten werden. Die erste dieser Veranstaltungen findet am Samstag, 1. Februar, in den Gesellschaftsräumen des Schlosshotels statt. Zutritt zu diesem Unterhaltungsabend, der neben dem allgemeinen Tanz auch künstlerische Darbietungen bringen wird, haben nur Mitglieder und von Mitgliedern eingeführte Gäste. Freunde des Vereins, die Karten zu dieser Veranstaltung wünschen, werden gebeten, ihre Anmeldungen durch ein ihnen bekanntes Mitglied baldmöglichst vorzunehmen, da die zur Verfügung stehenden Räumlichkeiten nur einer beschränkten Anzahl von Gästen die Teilnahme ermöglichen und die Liste geschlossen werden muß, wenn die vorgezeichnete Höchstzahl erreicht ist. — Die zweite Jahrgangsveranstaltung des Vereins bildet der traditionelle Rosenmontagsball (3. März), der auch in diesem Jahre wieder im Hotel "Germania" stattfindet. Näheres hierüber wird seinerzeit noch bekannt gegeben.

Verkehrsunfälle.

Am Donnerstag vormittag stieß auf der Kreuzung Ebert-Röping- und Schwarzwaldstraße ein Radfahrer aus eigener Schuld mit einem Personenauto zusammen. Er stürzte, schürfte sich dabei das rechte Knie auf und zertrümmerte sich die Kleidung. Außerdem wurde sein Fahrrad beschädigt. Ein Radfahrer und ein Personenauto wurden an der Kreuzung Ebert-Röping- und Schwarzwaldstraße am Donnerstag nachmittag ein Versehen begangen. Der Personenauto wurde leicht beschädigt. Die Schuld trägt der Personenautofahrer, weil er das Vorfahrtsrecht nicht beachtete.

In der Rheinstraße geriet eine Autolenkerin mit ihrem Fahrzeug in Kollision mit der Elektrischen, nachdem sie dieser das Vorfahrtsrecht nicht gelassen hatte. Auf beiden Seiten gab es leichte Sachschäden. Sie wurde wegen Transportgefährdung angehalten.

Am Donnerstag abend fuhr der Führer eines Kraftfahrzeugs, als er in die Forenfahrt eines Hauses der Amalienstraße einbiegen wollte, eine Radfahrerin an, warf sie zu Boden und verletzte sie leicht am linken Fußknöchel. Das Fahrrad wurde leicht beschädigt.

Schlägeri in einer Wirtschaft. In einer Wirtschaft in der Weststadt kam es am Donnerstag abend zu einer Schlägeri zwischen den Gästen, wobei es Verletzte gab. Der Notruf stellte die Ordnung wieder her. Festgenommen wurden in den beiden letzten Tagen 20 Personen wegen verschiedener strafbarer Handlungen.

Veranstaltungen. Die Religion im Zeitalter der Technik. Dieses Thema wird am 19. Januar, abends 8 Uhr, in der Christuskirche in der Vorstadt des Evangelischen Vereins der Weststadt Prof. Dr. G. v. Saut-Schütz, Religionslehrer an der Karlsuniversität und Dozent für Philosophie an der Technischen Hochschule Stuttgart behandeln. Der Redner gilt als besonderer Kenner der geistigen Kräfte der Gegenwart. In seinem letzten Buch "Romantik oder Reformator" hat er eine Uebersicht und Wertung der religiösen Kräfte der Gegenwart gegeben. Man darf auf die Behandlung des so bedeutsamen Vorlesungsgegenstandes durch den Vortragenden gespannt sein. Der Eintritt in den Vortrag ist frei.

Kaffe Bauer. Heute, Samstag, findet im Weihen- und Altheimischen Saal der zweite Gesellschafts-Tanzabend statt. (Siehe die Anzeige.)

Amtliche Nachrichten. Ernennungen, Beförderungen, Ruhestellungen. Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern. Ernannt: Polizeioberleutnant Karl Feitzmann in Durlach zum Polizeihauptmann. Zur Ruhe gestellt auf Ansuchen: Gendarmeriekommissar Adam Eifenhauer in Emmendingen. Ministerium des Innern und Unterrichts. Befördert in gleicher Eigenschaft: Studienrat Karl von Langsdorff von der Gewerbeschule in Sodenburg an jene in Willingen. Kraft Gesetzes tritt in den dauernden Ruhestand: Bachmeister Christian Künzler an der Technischen Hochschule hier auf 1. April 1930. Justizministerium. Ernannt: Richter Alfred Gerich in Brühlungen zum Anwaltsbevollmächtigten an den Strafanwalt in Mannheim. Gerichtsassessor Hermann Richter aus Waldwimmertal zum Richter an der Amtsbezeichnung Justizrat am Notar in Bonndorf. Befördert: Justizrat Otto Kuner in Neelsheim nach Offenau. Inwieweit: Justizassistent Theophil Meyer, sucht beurlaubt, dem Notariat abtritt. Uebertritt in den Ruhestand kraft Gesetzes: Anwaltsbevollmächtigter Johann Martin Schab an den Strafanwalt in Mannheim auf 1. März 1930. Entlassen aus Amt: Justizassistent Peter Schwabe in dem Notariat in Mannheim. Gestorben: Politassistent Karl Bertsch in Freiburg, Oberpfleger Bernhard Dolland an der West- und Pflanzenschule in Westhof.

Tagesanzeiger. Nur bei Aufgabe von Anzeigen gratis. Samstag, den 18. Januar 1930. Bad. Landes-Theater: 9-11 Uhr: Das Glöckchen des Eremiten. Colosseum: 9 Uhr: Royal-Wigwags-Theater und das übrige Varieté-Programm. Bad. Hoftheater (Konzerthaus): 16 und 20.30 Uhr: Runder des Schneehaus. Neben-Theater: Herrin der Liebe. Programm. Union-Theater: Sühndig und sag. 14.30 Uhr: "Dornröschen". Kammer-Theater: Nord Bluff. Im gelben Wertel von Dremort. Hotel Gerlach: Tanzabend. Kaffe Bauer: Gesellschafts-Tanzabend. Kaffe Museum: 20.15 Uhr: Zweiter Abend. Gesellschaftstanz.

wollte, eine Radfahrerin an, warf sie zu Boden und verletzte sie leicht am linken Fußknöchel. Das Fahrrad wurde leicht beschädigt.

Schlägeri in einer Wirtschaft. In einer Wirtschaft in der Weststadt kam es am Donnerstag abend zu einer Schlägeri zwischen den Gästen, wobei es Verletzte gab. Der Notruf stellte die Ordnung wieder her.

Festgenommen wurden in den beiden letzten Tagen 20 Personen wegen verschiedener strafbarer Handlungen.

Veranstaltungen. Die Religion im Zeitalter der Technik. Dieses Thema wird am 19. Januar, abends 8 Uhr, in der Christuskirche in der Vorstadt des Evangelischen Vereins der Weststadt Prof. Dr. G. v. Saut-Schütz, Religionslehrer an der Karlsuniversität und Dozent für Philosophie an der Technischen Hochschule Stuttgart behandeln. Der Redner gilt als besonderer Kenner der geistigen Kräfte der Gegenwart. In seinem letzten Buch "Romantik oder Reformator" hat er eine Uebersicht und Wertung der religiösen Kräfte der Gegenwart gegeben. Man darf auf die Behandlung des so bedeutsamen Vorlesungsgegenstandes durch den Vortragenden gespannt sein. Der Eintritt in den Vortrag ist frei.

Amtliche Nachrichten

Ernennungen, Beförderungen, Ruhestellungen. Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern. Ernannt: Polizeioberleutnant Karl Feitzmann in Durlach zum Polizeihauptmann. Zur Ruhe gestellt auf Ansuchen: Gendarmeriekommissar Adam Eifenhauer in Emmendingen. Ministerium des Innern und Unterrichts. Befördert in gleicher Eigenschaft: Studienrat Karl von Langsdorff von der Gewerbeschule in Sodenburg an jene in Willingen. Kraft Gesetzes tritt in den dauernden Ruhestand: Bachmeister Christian Künzler an der Technischen Hochschule hier auf 1. April 1930. Justizministerium. Ernannt: Richter Alfred Gerich in Brühlungen zum Anwaltsbevollmächtigten an den Strafanwalt in Mannheim. Gerichtsassessor Hermann Richter aus Waldwimmertal zum Richter an der Amtsbezeichnung Justizrat am Notar in Bonndorf. Befördert: Justizrat Otto Kuner in Neelsheim nach Offenau. Inwieweit: Justizassistent Theophil Meyer, sucht beurlaubt, dem Notariat abtritt. Uebertritt in den Ruhestand kraft Gesetzes: Anwaltsbevollmächtigter Johann Martin Schab an den Strafanwalt in Mannheim auf 1. März 1930. Entlassen aus Amt: Justizassistent Peter Schwabe in dem Notariat in Mannheim. Gestorben: Politassistent Karl Bertsch in Freiburg, Oberpfleger Bernhard Dolland an der West- und Pflanzenschule in Westhof.

Tagesanzeiger

Nur bei Aufgabe von Anzeigen gratis. Samstag, den 18. Januar 1930. Bad. Landes-Theater: 9-11 Uhr: Das Glöckchen des Eremiten. Colosseum: 9 Uhr: Royal-Wigwags-Theater und das übrige Varieté-Programm. Bad. Hoftheater (Konzerthaus): 16 und 20.30 Uhr: Runder des Schneehaus. Neben-Theater: Herrin der Liebe. Programm. Union-Theater: Sühndig und sag. 14.30 Uhr: "Dornröschen". Kammer-Theater: Nord Bluff. Im gelben Wertel von Dremort. Hotel Gerlach: Tanzabend. Kaffe Bauer: Gesellschafts-Tanzabend. Kaffe Museum: 20.15 Uhr: Zweiter Abend. Gesellschaftstanz.

Pfarrer Heumann's Heilmittel. bewährt bei zahlreichen Krankheiten. 180000 Dankeschreiben. Das Pfarrer Heumann-Buch (272 S., 150 Abb.) erhält jeder, der sich auf dieses Inserat beruft, völlig umsonst u. portofrei durch Ludwig Heumann & Co., Nürnberg 5 3. Die Pfarrer Heumann-Heilmittel sind stets frisch u. zu Originalpreisen erhältlich in der Niederlage Alte Sachs'sche Apotheke, Karlsruhe. Löwen-Apotheke Durlach. Schwanen-Apotheke Pforzheim. Apotheke in Rheinschloßheim.

Karlsruher Opern- und Schauspielführer

Das Glöckchen des Eremiten. — Komische Oper von Aimé Maillart. Rose Friaquet, ein armes, im Grunde gutes und braves Bauerntöchterchen, wird im Dorf geliebt, weil sie ledermann gern einen Kosen spielt. Nur Eulvain, der Knack des reichen Pächters Eulvain, kennt Rose besser und liebt sie innig. — Im nahen Walde sind Flüchtlinge versteckt. Verfolgende Dragoner durchstreifen die Gegend. Rose erlitt Eulvains Absicht, die Verfolgten zu retten, und verspricht, ihm dabei zu helfen. Die Umstände sind günstig. Der anwesende Dragoner wegen ist das Dorf in großer Aufregung. Rameau, die eiferfüchtige Ehefrau Eulvains, hat keine ruhige Stunde. Der Unteroffizier Belamy hat es auf Eulvains Frau Georgette abgesehen. Angestrichelt erzählt sie dem stürmischen Liebhaber die Mär von einem Eremiten, der zwar schon seit zweihundert Jahren tot sei, aber die ible Angewohnheit habe, noch heute bei dem geringsten Versuch der Untreue einer Frau sein Glöckchen zu läuten. Als der Dragoner darüber lacht, führt Georgette den Ungläubigen selbst zur Eremitage. Dort aber wird ihr Eulvain zweimal durch das von Rose gezogene Glöckchen getötet und die Erappte flieht entsetzt diesen spukhaften Ort. Auch Eulvain, der nicht ohne Grund misstrauische Waite, eilt auf den Warnruf des Glöckchens herbei, wird aber von Belamy beruhigt, mit dem er sich wieder entfernt. Rose kommt aus ihrem Schlafwinkel und erwartet die Flüchtlinge, um ihnen den einzigen noch freien Weg zu zeigen, schläft aber unterdessen ein. Unglücklicherweise kehrt der Unteroffizier zurück, bemerkt die schlafende und beobachtet aus einem Versteck die sich nahenden Flüchtlinge. Andern Tags soll Rose und Eulvains Hochzeit gefeiert werden. Aber der Bräutigam erscheint mit düsterer Miene und beschuldigt Rose des Verrats an dem armen Flüchtlinge; denn von wem anders hätte Belamy alle erfahren können! Als einzige Antwort reicht ihm das beschuldigte Mädchen ein Papier mit der Nachricht von der gelungenen Rettung der Verfolgten. Nun erscheint mütend Belamy und will Eulvain als den Hauptführer der Flüchtlinge erschießen lassen. Doch die Drohung Roies, dann zu verzeihen, daß er bei Tanz und verliebtem Reiz vertrieben seine Soldatenpflicht verüßelt habe, schließt ihm den Mund. Und das wieder verzeihnte Brautpaar wird endlich vereint.

Fingierte Rechnungen.

Der Koblenzer Bestechungsfall vor Gericht.

Koblenz, 17. Jan.

Unter starkem Andrang des Publikums begann am Donnerstag die Hauptverhandlung in dem bekannten Eisenbahnbestechungsprozess. Angeklagt sind Kaufmann Dunkel-Koblenz, Kaufmann Kühnen-Koblenz, Reichsbahnrat Karl Frey-Koblenz, Reichsbahnbetriebsingenieur Schneider-Koblenz, Reichsbahninspektor Dirks-Koblenz, technischer Reichsbahninspektor Fröhlich-Köln-Nippes, Reichsbahninspektor Glasmacher-Koblenz, Maschineninspektor Reinking-Koblenz, Maschineninspektor Vinde aus Bonn, Reichsbahnverkehrssekretär Krebs-Köln und Ingenieur Jaf. Dunkel. In dem Eröffnungsbeschluss wird den einzelnen Angeklagten zur Last gelegt, sie hätten sich durch eine fortgesetzte Handlung als Beamte der Reichsbahn der Dienstverletzung schuldig gemacht. Geschenke angenommen zu haben und durch Verschaffung von Vermögenswerten die Reichsbahn betrogen zu haben. Außer der Reichsbahn und der Disconto-Gesellschaft sind durch die Verurteilung der Angeklagten auch eine Reihe von Privatfirmen geschädigt worden. Der Anklage liegt kurz folgender Tatbestand zugrunde: Reichsbahnrat Frey war Leiter des Koblenzer Maschinenamts, sein Stellvertreter war Reichsbahnbetriebsingenieur Schneider. In Koblenz hatte sich in den letzten Jahren das Verfahren eingebürgert, einzelne Lieferanten zu veranlassen, fingierte Rechnungen einzureichen, um auf diese Weise Gelder für persönliche Zwecke oder Inanspruchnahme von Dienstwohnungen zu erlangen. Daß dieser Mißbrauch der Rechnungen einen derartigen Umfang annehmen konnte, war dadurch möglich, daß mehrere Beamte im gegenseitigen Einverständnis zusammenarbeiteten.

Die Beamten versuchten keineswegs, die Rechnungen an sich zu leugnen. Sie hätten ihre Privatwohnungen vollständig instand setzen lassen und die Rechnungen der Handwerker einfordern. Soeben stellten sie über diese Beträge Bestellscheine für die elektrotechnische Firma Dunkel aus, auf Grund deren wieder von der Firma Dunkel Rechnungen für die Reichsbahn ausgestellt wurden. Diese Rechnungen ließen sich die Angeklagten von der Reichsbahn bezahlen und bezahlten damit die Handwerker, die sie privat bedient hatten. Als dieses Manöver monatelang gut gegangen war, ging man dazu über, die fingierten Rechnungen noch zu erhöhen, um den überschüssigen Betrag dann unter die beteiligten Beamten zu verteilen. Einzelne Beamte gaben zu, Beträge bis zu 3000 RM. auf diese Art und Weise für persönliche Zwecke erhalten zu haben. Außerdem wurden ihnen von der Firma Dunkel Weine, Radioapparate, Staubsauger usw. angeliefert. Die Angeklagten wollen diese Sachen bezahlt haben. Die Beweisaufnahme ergab aber, daß die Bezahlung immer wieder auf Grund fingierter Rechnungen erfolgte.

Die Anklage sagt weiter, daß an Dunkel Zahlungen geleistet worden seien, ehe eine Lieferung ausgeführt war. Schneider habe die Anweisungen dafür ausstellen lassen. Dieser stellte die Sache als harmlos dar, mußte aber an sich zugeben; er fügte hinzu, Dunkel habe davon keine Vorteile gehabt. Wertwürdig ist auch das Verfahren, daß einer Bank Bescheinigungen ausgestellt wurden. Dunkel habe von der Reichsbahn noch 3000 und 5000 M zu fordern, die der Bank zugehen würden, worauf sie die Gelder auszahlte. Staatsanwaltschaftsrat Dr. Harlos fragte, ob nicht Schneider, Glasmacher und Fröhlich in Bonn eine Besprechung gehabt hätten, mit der Abmachung an Handwerker heranzutreten, daß sie fingierte Rechnungen ausstellen möchten, die dann der Direktion vorgelegt werden sollten. Schneider bestritt dies. Der Staatsanwalt erklärte dagegen, die Beweise dafür in den Akten zu haben. Der Angeklagte gestand, er habe bestimmte Rechnungen verschwinden lassen, um nicht in den Verdacht zu kommen.

Der Angeklagte Reinking gibt zu, kleine Gelöbeträge und Geschenke von Dunkel erhalten zu haben. Betriebsleiter Vinde (Bonn) hat bei Dunkel gekauft und später bezahlt. Angeklagter Krebs von der technischen Abteilung der Direktion Köln bekennt, daß er dem Betriebsleiter Schneider Anweisung gegeben habe, höhere Rechnungsbeträge zu seinen Gunsten einzuflehen. Wenn den Krebs von Dunkel erhalten habe, will er bezahlt haben.

Zum Schluß wird ein Haftentlassungsantrag für Krebs angenommen und darauf die Verhandlung vertagt.

Den Vater erschossen.

TU. Saarbrücken, 17. Jan.

Nach Beendigung einer Verleumdung in Hammelfangen, Kreis Saarlouis, entwickelte sich am Donnerstagabend ein Streit, der sich auf der Straße fortsetzte u. in den der 56 Jahre alte Bastian verwickelt wurde. Sein 17 Jahre alter Sohn wollte seinem Vater zu Hilfe kommen und schloß mit einem Jagdgewehr in die kreisende Menge, traf aber den Vater und seine beiden Brüder Alwin und Nikolaus. Der Vater wurde sofort getötet, während die beiden Brüder schwer verletzt in das Saarlouiser Krankenhaus eingeliefert wurden. Restlose Klarheit über den Vorgang konnte bisher noch nicht geschaffen werden.

Vom Sturm zum Nebel.

Schiffahrtsstöckung auf der Unterelbe.

WTB. Hamburg, 17. Jan.

Von der Nordsee kommend, hat sich gestern Abend über der Unterelbe und dem Hafengebiet eine Nebelwelle ausgebreitet, die den Schiffahrtsverkehr fast zum Erliegen brachte. Auch Unfälle sind bereits zu melden. Der deutsche Dampfer „Vodenheim“ der Unterelbe A.G. ist beim Nordbinder Feuerlösch mit einem anderen Schiff, dessen Name noch nicht ermittelt werden konnte, schwer zusammengestoßen. Der Bremer

Dampfer hat dabei ein großes Loch erhalten. Auf die sofort ausgesandten drachtlosen Hülse kam der Bergungsdampfer „Wotan“ der Bugfischer-Reederei und Bergungs A.-G. Hamburg kurz Zeit später längsseits. Das schwer havarierte Schiff wurde provisorisch abgedichtet und nach Billingen abbracht. Im Hamburger Hafen geriet gestern abend der in See gehende englische Dampfer „Tiara“ bei der Deutschen Werft auf Grund. Mehrere Schlepper eilten ihm zu Hilfe, und man hofft, ihn ohne größeren Schaden bald wieder flott zu bekommen.

Schwere Strafen für Schwarzbrenner.

DZ. Frankfurt a. M., 17. Jan.

Anfangs September vorigen Jahres machte die Zollfahndungsstelle einen guten Fang in Frankfurt a. M. In einem Hinterhaus der Pfaffenbader Landstraße wurde eine ausgezeichnete eingerichtete Geheimbrennerei entdeckt. Da standen eine Brennereieinrichtung für 600 Liter, ein Dampfboiler für 230 Liter, vier eiserne Bottiche für je 1000 Liter, ein Holzboiler für 150 Liter, Bannen und kleine Fässer in großer Auswahl. Mit der Fabrikation von Weingeist wurde bereits im Juni 1926 begonnen, die Geheimbrenner waren also über zwei Jahre tätig. In dieser Zeit haben sie 161 350 Kilogr. Zucker, den sie vorrätigshalber von verschiedenen Firmen bezogen, verarbeitet, und man schätzt, daß sie 67 767 Liter Weingeist gewinnen konnten, wodurch eine Steuerabgabe von 285 790 Mark unterblieben ist. Nach Aussage der Zollbeamten handelt es sich um den größten Geheimbrennereibetrieb Deutschlands. Aus der Produktion erzielte man einen Reingewinn von 91 000 Mark, der sich auf vier Köpfe verteilte.

Von den vier Produzenten hatten sich jetzt drei vor dem Großen Schöffengericht zu verantworten, nämlich die Kaufleute Hans Buchsch und Ernst Hupfeld und der selbständige Kupferschmied Karl Brüdner, während der 4. Mann des Konfessions, der Kaufmann Heinrich Heißel, sich nach Spanien begeben hat. Hupfeld ist bereits im Jahre 1927 mit dem Branntweinmonopolgesetz in Konflikt geraten und hat damals eine Gefängnisstrafe von vier Monaten und 70 000 Mark Geldstrafe erhalten. Diese Strafe verbüßte der heute mittellose Angeklagte.

Das Große Schöffengericht verurteilte wegen Branntweinverschwarzbrennerei den Kaufmann H. Buchsch zu 6 Monaten Gefängnis und zu 1143 160 Mark Geldstrafe, den Kaufmann Hupfeld zu einer Gefängnisstrafe von 8 Monaten und 1 118 669,20 Mark Geldstrafe, den Kupferschmied Brüdner zu 3 Monaten Gefängnis und 619 317 Mark Geldstrafe. Ferner wurden die Angeklagten zum Ersatz des verkauften, nicht mehr beschlagnahmefähigen Weingeistes verurteilt.

Hände weg vom Schießfeiern!

Deutschland ist nicht Wildwest.

WTB. Berlin, 17. Januar.

Wie der Polizeipräsident bekannt gibt, ist festgestellt worden, daß es sich bei dem Anschlag auf den am 14. Januar in seiner Wohnung niedergeschossenen und schwer verletzten Studenten Wessel um einen planmäßig vorbereiteten Mordfall durch Kommunisten handelt. Als Haupttäter ist zweifelsfrei der arbeitstote Tischler Albrecht Höhler, geboren 1898 zu Mainz, festgenommen worden, der in Dirmen- und Zuhälterkreisen unter dem Namen Ali bekannt ist. Er ist seit dem 15. Januar nicht mehr in seine Wohnung zurückgekehrt. In der Wohnung des Höhler, der übrigens mehrfach wegen schwerer Eigentumsdelikte, Zuhälterei und Meineid mit Zuchthaus verurteilt ist, wurden die Fahne der kommunistischen Sturmabteilung, Mäntel, Schärpen sowie Armbinden und eine vollständige Uniform des verbotenen Rotfrontkämpferbundes vorgefunden und beschlagnahmt. Für Höhlers Ermittlung und Erziehung ist eine Belohnung von 5000 M ausgesetzt.

Deutschland hat abgerüstet. Gewiß. Militärisch sind wir — außer Österreich — der einzige Kulturstaat, der ernsthaft seine Rüstungen auf ein unumgänglich notwendiges Mindestmaß beschränkt hat. Aber: hat auch das zivile Deutschland und insbesondere das politische und allgemeine Verbrechenum bei uns abgerüstet? Es sieht nicht danach aus! Tag für Tag fast knallt es und Tag für Tag bringen die Zeitungen die gleichen Meldungen von Mord und Totschlag, von unbefugtem Waffentragen, von Schießereien politischer Art, von Spielerei mit Pistolen. Knallerien mit scharfen blauen Böhen ist große Mode geworden — jeder Mann sein eigenes Freikorps — Wildwest im Herzen Europas!

Eine erschreckende Hochflut von Schießereien geht über Deutschland, die eingedämmt werden muß unter allen Umständen und mit allen Mitteln. Bieten die bestehenden Gesetze nicht genügenden Schutz vor den wild gewordenen Revolverhelden in unseren Grenzen, dann müssen neue geschaffen werden, die die Gewähr dafür bieten, daß das Leben des friedlichen Bürgers nicht mehr gefährdet wird und daß das verantwortungslose Spiel mit Menschenleben endlich aufhört!

Der Weg, den man gehen mußte, um in den Besitz eines Waffenscheins zu gelangen (und da-

mit die Erlaubnis zum Tragen einer Waffe zu bekommen) war zwar lang und mühsam. Das am 1. Oktober 1928 in Kraft getretene Gesetz betreffend Erwerb und Besitz von Schusswaffen wird aber, wie uns von gut informierter Stelle mitgeteilt wird, auch von den zuständigen Stellen nicht als ideale Lösung der Waffenbesitzfrage angesehen. Im Reichsinnenministerium ist man zurzeit bemüht, schärfere Strafbestimmungen für den unbefugten Besitz von Schusswaffen auszuarbeiten und man hofft sogar in absehbarer Zeit dem Reichstag in Uebereinstimmung mit dem Reichsjustizministerium ein Gesetz vorlegen zu können, nach dem das Tragen einer Waffe bei Straftaten die Strafe selbst um ein Vielfaches erhöht.

Eine solche Strafverschärfung für waffentragende Verbrecher hat es in Deutschland auch bisher schon gegeben, sie war aber leider viel zu milde. In England zum Beispiel existiert ein Gesetz, nach dem „Verbrecher, die bei Straftaten im Besitz von Waffen sind“, nicht nur für die Ausübung der strafbaren Handlung bestraft werden, sondern außerdem noch mit ganz unverhältnismäßig hohen Strafen auch für den unbefugten Waffenbesitz. Sicherlich würde ein solches Strafgesetz, das mit richtiger Strenge gehandhabt werden würde, den Beifall aller ordnungsliebenden Kreise finden.

Da man — wie oben bereits gesagt — im Reichsinnenministerium und im Reichsjustizministerium erkannt hat, daß es auf die Dauer nicht angeht, wenn in einem (von Fremden stark besuchten) Kulturstaat fast jeden Tag irgendwo Schießereien gestartet werden, wird augenblicklich an einer Revision des Gesetzes vom 1. Oktober 1928 gearbeitet, und außerdem sind die Landespolizeibehörden angewiesen worden, soweit ihre Mittel es gestatten, besondere Razzien auf Waffenscheiter zu veranstalten, die im Verdacht stehen, Schusswaffen zu dunklen Zwecken zu verwenden. Wie weit diese sich allerdings durchführen lassen werden, läßt sich nur sehr schwer sagen, denn auch der Polizei fehlen die Mittel, um auf diesem Gebiete großartig zu arbeiten. Auch diese Aufgabe ist den Behörden selbstverständlich bekannt und wird sehr lebhaft bedauert. Denn mit Recht erheben weiteste Kreise heute die energische Forderung, daß das Verbrechertum radikal ausgerottet und das Nord-Anschlage und politische Schießereien unbedingt unterbunden werden. Der Ruf unserer deutschen Großstädte ist dringend in Gefahr, eben so zweifelhaft zu werden, wie der Chicago's, und der Staat hat die Pflicht und Schuldigkeit, seine friedlichen Bürger vor der rasenden Angel dunkler Elemente zu schützen. Erst wenn das Verbrechertum „abgerüstet“ ist, kann man daran gehen, auch das Bürgertum zu „demobilisieren“, denn nicht dieses ist der Angreifer, sondern jenes! Nicht der Angegriffene muß abgerüstet werden, sondern der Angreifer, der oft wegen einer lächerlichen Kleinigkeit sich nicht scheut, das Schießfeiern zu ziehen und um sich zu knallen.

Und nun noch ein Wort über die Jugend: Gewiß, es mag für den 19jährigen Max oder Erich ein erhebendes Gefühl sein, bewaffnet mit einem Schießprügel durch die Welt zu laufen und sich zu sagen: wenn ich wollte, dann brauchte ich nur loszudrücken. Er wird sicherlich nicht losdrücken, dazu ist er zu feige. Aber er wird die Pistole abends stolz im Kreise seiner Freunde herumzeigen, erklären, sich die tun. Wie leicht, lieber Max, geht so ein Ding los, wenn es in unrechte Hände kommt. Es ist so klein, dieses blanke Stückchen Stahl in deiner Hand und doch: welch fürchtbares Leid kann es anrichten!

Nehmt den Verbrechern die Waffe fort, den politischen Kradahelden und den Käufern! Ein Menschenleben ist zu kostbar, als daß der Staat es nicht schützen müßte mit allen Mitteln! Unterdrückt — wenn nötig, mit schärfsten Zwangsmitteln — den Waffenschleichhandel! Seht das Alter, das die Berechtigung zur Erteilung eines Waffenscheins gibt, auf 24 oder 26 Jahre herauf! Entwaffnet den politischen Föbel, dem immer wieder harmlose Passanten und pflichterene Polizisten zum Opfer fallen!

Hände weg vom Schießfeiern! Deutschland ist nicht Wildwest! Was dort alljährlich gewesen sein mag, darf unter keinen Umständen bei uns eintreten! Die sinn- und verantwortungslose Knallerie in unseren Tagen kostet dem Staat Millionen an barem Geld und Hunderte von kostbaren Menschenleben. Wer zukünftig gegen die — sofort zu erlassenden — allgemeinen Verbote des Waffentragens handelt, gehört ins Gefängnis, nicht damit er gebeißert oder erzoogen wird, sondern um die Allgemeinheit vor ihm und den so locker sitzenden Geschossen seiner Pistole zu schützen. Abrüstung des politischen und des gewöhnlichen Verbrechertums ist die Forderung der Stunde!

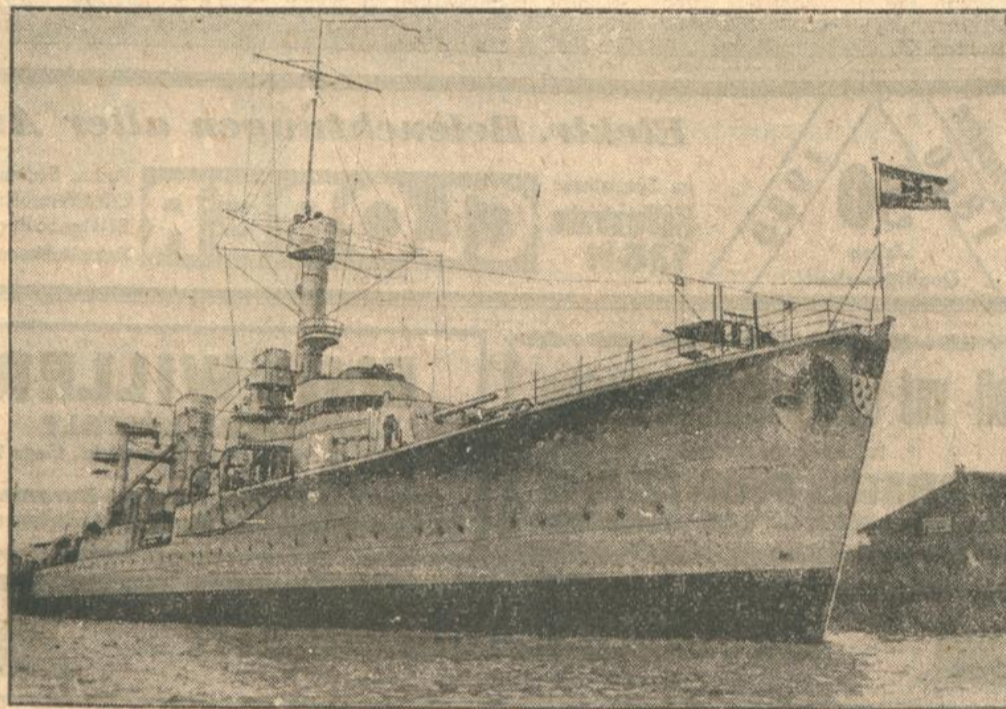
Beginnende Einsicht des Bürgertums.

Die württembergischen Demokraten zur Regierungsbildung.

WTB. Stuttgart, 17. Jan.

In der Aussprache des württembergischen Landtages über den Haushaltsplan für 1930 befaßte sich der Abg. Dr. Bruckmann (Dem.) mit der Frage der Regierungsbildung. Er stellte dabei das Bedauern über das Auseinanderfallen des Bürgertums voran und erklärte, die Demokratie verdiene nicht Spott und Hohn, sondern Dank, wenn sie jetzt Veruche zu einer Zusammenarbeit mit den anderen Parteien mache. Ueber die Frage des Eintritts in die Regierung werde die Partei sich in den nächsten Tagen entscheiden. Er sei der Ansicht, daß die Demokratie in der Oppositionsstellung in der nächsten Zeit wenig Gelegenheit haben werde, positive Arbeit zu leisten, und daß sie deshalb darnach streben müsse, durch Mitarbeit in der Regierung ihre Ziele durchzusetzen. Nur in der Zusammenarbeit und Verminderung der Parteien liege die Möglichkeit zu einem wirtschaftlichen Aufstiege.

Kreuzer „Köln“ in Dienst gestellt.



Kreuzer „Köln“, das neueste Schiff der Reichsmarine.



Das Offizierskorps des Kreuzers „Köln“ auf dem Achterdeck des neuen Kreuzers. In der Mitte der Kommandant, Fregattenkapitän von Schröder (X). Neben ihm links Oberbeizer a. D. Neumann, der einzige Ueberlebende des 1914 gesunkenen Kreuzers „Köln“. Neben dem Kapitän rechts Dr. Lohse, Vertreter der Stadt Köln. Im Hintergrund der Mast des außer Dienst gestellten kleinen Kreuzers „Amazona“, dessen Mannschaft auf die Köln übernommen wurde.

